Otto Friedrich

Selbstmord einer Demokratie

Kr. 1—

Otto Friedrich

Selbstmord einer Demokratie

MOTTO:

Wilhelm Sollmann (Köln), dessen Bild wir auf dem Umschlag dieser Schrift bringen, weil sich schon in der Gegenüberstellung dieses Gesichts und des Porträts Adolf Hitlers zwei Weltanschauungen symbolisieren, hat dem Saarbrückener Redakteur Max Braun, der ihn über seine Erlebnisse in den Folterkammern der SA. befragte, unter anderem erklärt:

„Ich habe an diesem 9. März mehr vom Faschismus begriffen als aus allen Büchern. Wehe denen, die da glauben sollten, ihn mit geistigen Argumenten überwinden zu können!

Unter den rohesten Schlägen habe ich nicht einen Augenblick Zorn und Haß gegen diese Menschen empfinden können. Ihre Brutalität war so ehrlich primitiv, daß es sinnlos und ungerecht wäre, mit dem Maßstab geistiger Erkenntnisse und kultivierter Moral an sie herantreten zu wollen... Wir haben die Möglichkeiten des geistigen Reichs in uns zu sehr auch in denen gesehen, denen diese Entwicklung noch verschlossen ist... Wir erleben den Ausbruch von Urinstinkten, denen man nicht zureden kann... Daraus sind natürlich auch Folgerungen für Demokratie und Sozialismus zu ziehen."

Prag 1933

DRUCK- UND VERLAG: „GRAPHIA", KARLSBAD

Vorwort

Deutschland hat aufgehört ein Kulturstaat zu sein. Schreckensbilder aus der Zeit des Mittelalters und der Zeit des dreißigjährigen Krieges tauchen auf und enthüllen die ganze Fragwürdigkeit unserer bürgerlichen Kultur. Ueberall, wo in der Welt Menschen miteinander über Deutschland reden, insbesondere aber in den Reihen der Arbeiterbewegung, drängt sich auf alle Lippen die Frage: „Wie ist eine solche Herrschaft im Deutschland des 20. Jahrhunderts möglich geworden, wie kann ein Volk, das sich einst stolz das Volk der Dichter und Denker nennen durfte, so widerstandslos ein Opfer der Richter und Henker werden, die ihm zu Tausenden und aber Tausenden aus seinen eigenen Reihen erwachsen sind?"

Die vorliegende Schrift sucht darauf in kurzen Zügen eine Antwort zu geben, sie will, indem sie das Ende der deutschen Demokratie, den Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung und den Anbeginn des dritten Reiches schildert, und zugleich die kulturwidrigen Handlungen, ja Untaten, die nationalsozialistischer Massenwahn und Blutrausch begangen haben, geißelt, nicht nur Anklage erheben. Sie will zugleich eine Mahnerin sein an alle Kulturmenschen, vor allem aber auch an die arbeitende Menschheit, zu lernen, daß die Freiheit nicht wie das Grün auf den Feldern wächst, sondern dem Erze gleich mühselig gewonnen und von Schlacken gereinigt werden muß.

Der Krieg hat in Deutschland den Sinn für den Wert des Menschenlebens geschmälert. Die Inflationszeit hat nicht nur die „Heiligkeit des Eigentums" in ihrer Brüchigkeit erkennen lassen, sondern sie hat auch moralische Begriffe ins Wanken gebracht, ohne die unter keinem System ein geregeltes menschliches Zusammenleben auf die Dauer möglich ist.

Die Krise endlich hat ein Millionenheer von Verzweifelten geschaffen, die bereit waren, jedem Erlösungsglauben anheim zu fallen und in blinder Psychose das Opfer von Scharlatanen, Dilettanten und Verbrechern zu werden.

Das alles erklärt aber noch nicht, wieso diese Rebellion des Mittelstandes vereint mit den 1918 entthronten Feudalen in Landwirtschaft und Industrie und mit den demoralisierten Berufslosen einen solchen Sieg erringen konnte. Man muß erkennen, daß alle sozialen Leistungen und kulturellen Großtaten der Nachkriegszeit es nicht vermocht haben, die Arbeiterschaft zu ihrer wirksamen Verteidigung zu gewinnen. Die innere Spaltung des Proletariats hat über dem Bruderstreit wegen der Zukunftsziele vergessen lassen, daß der Proletarier in Deutschland viel mehr zu verlieren hatte als nur seine Ketten. Mag bei der Zuspitzung der Klassengegensätze in

Deutschland die parlamentarische Form der Demokratie überholt sein, gerade die gegenwärtigen Ereignisse lehren mit erschütternder Deutlichkeit, daß jede Herrschaftsform unerträglich ist, die dem Menschen das Wichtigste vorenthält, was das Leben adelt und ihm Würde verleiht: die Freiheit.

Ganz gleich, ob der Nationalsozialismus Jahre hindurch herrschen wird, ob er bereits in kürzerer Frist sich in außenpolitische Abenteuer verstrickt oder vielleicht in einer Militärdiktatur und Monarchie endet, ein solches Regime wäre nie und nimmer möglich gewesen, wenn Deutschland ein Land der Achtung vor der Persönlichkeit des anderen gewesen wäre. Man behauptet, die Ideen von 1789 seien jetzt in Deutschland besiegt worden. Wir glauben, sie sind bis zum heutigen Tage noch nicht in Erfüllung gegangen. Nicht einmal eine bürgerliche Republik ist dort möglich, wo der Untertan nach der Obrigkeit begehrt, statt als Bürger sich seiner Selbstverwaltung zu freuen. Um wieviel schwerer ist die Machtergreifung für das Proletariat, das seinen Kampf kämpft nicht um der technischen Neuordnug der Wirtschaft willen, sondern um jener Freiheit willen, die erst möglich ist, wenn der politischen Voherrschaft die ökonomische Vorherrschaft nachgestürzt ist.

In diesem Sinne kann, mögen die Formen des Kampfes und die Formen der Herrschaft sich auch nach den Erfordernissen der Zeit wandeln, nicht die Preisgabe der Demokratie, sondern erst ihre wirkliche Herstellung das Ziel sein. Dort, wo sie noch in den bürgerlichen Uebergangsformen besteht, kann nun und nimmer die Arbeiterschaft Begehr danach tragen, daß sie zerstört werde, nur um Gebilden einer Art Platz zu machen, wie wir sie bei den Diktaturen in Italien, Deutschland und in den osteuropäischen Staaten erleben.

Will die Demokratie sich vor diesem Schicksal schützen und den Weg zu einer freiheitlichen Entwicklung, so lange und so weit es irgend möglich ist, sich offen lassen, will sie mit anderen Worten nicht wie in Deutschland in einem Meer von Blut und Tränen untergehen, so muß sie kämpfen gegen ihre Feinde. Niemals können demokratische Freiheiten so weit gehen, daß mit ihrer Hilfe die Freiheit selbst enthauptet wird.

Aus dem Schicksal der deutschen Demokratie ergeht an alle Demokratien Europas, aus dem Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung ergeht an die Arbeiterbewegung der Welt die unauslöschliche Mahnung: daß Freiheit und Frieden nur herrschen können, wenn sie die Feinde der Freiheit und des Friedens vernichten.

Prag, Pfingsten 1933.

Der Verfasser.

Eine Demokratie ohne Demokraten

„Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus". So heißt es am Beginn der Verfassung, die am 11. August 1919 an die Stelle der Bismarckschen Reichsverfassung trat. Man muß heute feststellen, daß das deutsche Volk diese Staatsgewalt, die es sich nicht durch einen heißen Kampf errungen hat, sondern die ihm durch den Zusammenbruch der Monarchie am Kriegsende in den Schoß fiel, dazu benützt hat, um seiner eigenen Herrschaft den Garaus zu machen: Mehr als die Hälfte der deutschen Wählerschaft hat bei den Reichstagswahlen 1933 Parteien die Stimme gegeben, die an die Stelle des Staates von Weimar einen neuen Obrigkeitsstaat zu setzen gewillt sind. Nachdem sogar der Reichstag selbst mit einer Zweidrittelmehrheit sich, voraussichtlich auf Jahre hinaus, entmachtet hat, scheint der Augenblick gekommen zu sein, um eine erste kritische Bilanz zu wagen, woran der junge Volksstaat zugrunde gegangen ist, den man mit Fug und Recht als die Republik der versäumten Gelegenheiten bezeichnen könnte.

Daß das Nachkriegsdeutschland eine Demokratie ohne Demokraten blieb, liegt in der Vorkriegsgeschichte bereits begründet. Bismarck hatte das deutsche Kaiserreich nach seinen eigenen Worten aus Blut und Eisen zusammengeschmiedet und auf ein Bündnis zwischen Agrarfeudalismus und Großbürgertum gegründet. Der Liberalismus des bürgerlichen Mittelstandes kam nie zu politischer Machtentfaltung, und die Sozialdemokratie, jahrelang durch das Sozialistengesetz verfolgt, blieb auch späterhin eine Oppositionspartei, ohne die sichtbare Möglichkeit, sich auf revolutionärem oder evolutionärem Wege in den Besitz jener Staatsgewalt zu setzen, die nach außenhin konstitutionell-parlamentarisch drapiert, innerlich aber konservativ und feudal geblieben war. Auch das hatte seine tiefreichenden historischen Ursachen. Wenn man will, kann man zur Begründung dieses Zustandes bis zum dreißigjährigen Kriege zurückgehen, der Deutschland in eine Fülle von kleinen und kleinsten Fürstentümern aufteilte, von denen ein jedes über sein eigenes Militärwesen, seine eigene zopfige Bürokratie und sein eigenes auf engste Betätigungsgrenzen beschränktes Bürgertum verfügte. So wurde auf einem schon durch seine geographische Lage im Zentrum Europas zum Militarismus gleichsam vorher bestimmten Gebiete jener Geist des Bürokratenhochmutes und der schon durch Martin Luther geförderten Untertanenwilligkeit gezüchtet, der dem deutschen Volke zwar Organisationkraft und Disziplin verlieh, ihm aber zugleich jenes selbständige Denken raubte, das in den Staaten des Westens und des Nordens ein selbstbewußtes Bürgertum zum Träger freiheitlicher

Staatsformen machte. Auf der anderen Seite erwuchs daraus eine vorsichtige preußisch-protestantische Nüchternheit, die auch jenen revolutionären Elan vermissen ließ, der, wie der Historiker Arthur Rosenberg gelegentlich treffend bemerkt hat, von der revolutionären Tradition der bürgerlichen russischen Intelligenz auf den russischen revolutionären Sozialismus überfloß und der zugleich auch, wie jeder Besucher Rußlands konstatieren muß, aus der tiefen religiös-kommunistischen Urkraft des slawischen Bauerntums gespeist worden ist. Da es weder ein liberales, noch gar ein revolutionäres Bürgertum in Deutschland gab, fiel die Aufgabe, die bürgerliche Revolution, die aus dem militärischen Zusammenbruche von 1918 erwuchs, endgültig durchzuführen und zu vollenden, der deutschen Sozialdemokratie zu. Aber auch sie war im Denken und Handeln ein Produkt des deutschen Obrigkeitsstaates. Weder für den Aktivismus der Revisionisten um Bernstein, noch für den Revolutionismus um Rosa Luxemburg vermochte sie sich zu entscheiden, sondern in dem Wunsche, die geknechteten Massen zum Kampfe aufzurufen und doch gleich alle in einem Industriestaate erzielbaren sozialpolitischen Fortschritte sich zu eigen zu machen, verfolgte sie eine Politik, die man in vereinfachter und daher vielleicht auch etwas überspitzter Weise charakterisieren kann durch die Formel: Mit der reaktionären Phraseologie der Linken um Rosa Luxemburg, trieb man die Politik der Rechten um Eduard Bernstein und fand für diese scheinbar widerspruchsvolle Haltung die Bindung durch die Vitalität und Beredsamkeit des großen Volkstribunen August Bebel.

Bei Kriegsausbruch und erst recht im Kriege selbst zeigte sich aber, wie wenig tragfähig die geistige Basis dieser Haltung war und der Auseinanderbruch in Mehrheitssozialisten und unabhängige Sozialisten gab den Anlaß zu jener ungeheuren Schwäche der Arbeiterklasse, die eine der Wurzeln ihrer tragischen Entmachtung werden sollte. Denn als es zum Zusammenbruch der Mittelmächte kam, stand die deutsche Arbeiterbewegung gegenüber der Aufgabe der Machtergreifung innerlich unvorbereitet und uneinig da. Kein gemeinsames Programm war vorhanden. Außer Kautskys kleiner Broschüre „Am Tage nach der sozialen Revolution" und praktisch unbrauchbaren Schriften Prof. Ballods über den „Zukunftsstaat" existierte überhaupt keine Vorarbeit. Dazu kam freilich, daß die Machtübernahme in einem Augenblick geschah, in dem die außenpolitische Abhängigkeit und die wirtschaftliche und soziale Not so groß waren, daß selbst bei besserer Vorbereitung an ein wirklich durchgreifendes Handeln nur schwer zu denken war. Zu allem Ueberfluß aber glaubten der Spartakusbund und die aus ihm sich entwickelnde kommunistische Partei, aus Deutschland ein Gebilde ähnlich Sowjetrußland schaffen zu können, ein Gedanke, der aus vielerlei Gründen völlig abwegig war. Weder konnte Deutschland sich damals oder in den nachfolgenden Jahren wirtschaftlich selbst behaupten, wie es der russisch-sibirische Weltteil mit der Fülle seiner

Naturschätze und der Breite seiner sich selbst ernährenden bäuerlichen Bevölkerung zur Not tun konnte, noch war in dem feinempfindlichen Industriestaate Deutschland ein Wirtschaftsexperiment von so gefährlichem Ausmaße wie in Rußland möglich. Denn hier galt es ja nicht, auf dem breiten Rücken einer nährenden Landwirtschaft einen Industriestaat neu in Gang zu setzen, sondern den vorhandenen so umzubauen, daß er auch während des Umbauprozesses dem überwiegenden Teil der deutschen Bevölkerung der von seinem ständigen Funktionieren abhängig ist, ausreichend Brot und Arbeit gab. Schließlich durfte nicht vergessen werden, daß in Rußland der Bauer durch die Hoffnung auf Frieden und Land dazu bewogen werden konnte, in die unendlichen Weiten des Landes zurückzufluten und bei dem schwachen Verkehrsnetz Rußlands und Sibiriens alle Macht damit den in den städtischen Willenszentren zurückgebliebenen proletarischen Diktatoren zu überlassen, während in Deutschland die größere Differenzierung der Bevölkerung, die verhältnismäßige Kleinheit des Landes und sein Verkehrsreichtum eine Diktatur gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit und eine Sozialisierung ohne ihre mindeste stillschweigende Zustimmung von vornherein unmöglich machten. Zu allerletzt darf auch nicht vergessen werden, daß Rußland seit den Feldzügen Napoleons des Ersten bis zu den Versuchen der Weißen Generäle Denikin, Wrangel und Koltschak nach den Worten Lenins verfahren konnte: „Nehmen sie uns Petersburg, so gehen wir auf Moskau, nehmen sie uns Moskau, so gehen wir bis zum Ural zurück", indessen Deutschland, wie der Ruhrkrieg lehrte, den Versailler Gläubigern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert war. So war die kommunistische Taktik, mag die zugrundeliegende strategische Auffassung vom Wesen des Klassenkampfes auch durchaus zutreffend gewesen sein, für die nach dem Weltkrieg in Deutschland bestehende politische Situation falsch und der immer wieder auftauchende Versuch, die Weltrevolution voranzutreiben, schuf nicht nur die Niederlage der Münchner Räterepublik, der westdeutschen und mitteldeutschen Aufstände und ihrer tragischen Nachläufer in verschiedenen deutschen Großstädten, sondern zeugte im Gegenteil auch einen Teil jener Stimmung im deutschen Bürgertum, aus der später der Faschismus des Dritten Reiches erwachsen ist: die Saat der Sowjetsterne reifte, nicht zuletzt auch in den völkischen Massen zur Giftpflanze des Hakenkreuzes.

Die falsche kommunistische Aktivität hatte aber auch noch eine zweite verderbliche Seite, sie band von vornherein einen Teil der sozialistischen Aktivität und zwang den Abwehrkampf nicht nur gegen rechts, sondern auch gegen links zu führen und teilte so die Jahre hindurch die Widerstandskraft der jungen Republik.

Das Los der Kommunisten war es, Propheten einer Niederlage zu sein, deren Ausmaß und Form sie mitverschuldet haben.

Trotzdem kann in keiner Weise verkannt werden, daß die

Parteien, die den Weimarer Staat schufen, selbst im Verlaufe der Jahre große Fehler machten. Die an sich richtige außenpolitische Verständigungspolitik wurde weder stets mit Konsequenz durchgehalten, noch als die einzig wirklich reale Befreiungspolitik weiteren Volksmassen, insbesondere auch der Jugend klargemacht, die sich immer und immer wieder fragte: „Warum sollen wir und unsere Kinder und Kindeskinder für eine Politik büßen, die allenfalls von denen verantwortet werden kann, die bei Ausbruch des Krieges mündig waren?" Daß man den Waffenstillstand nicht durch die Militärs, die den Krieg verloren haben, hat abschließen lassen, erwies sich als ein grober taktischer Fehler. Otto Wels hat mit seiner damals geäußerten Befürchtung, daß die Sozialdemokraten als Konkursverwalter mit in die Konkursmasse des Kaiserreiches gezogen werden könnten, leider nur allzu recht behalten. Nicht zuletzt deshalb, weil die damaligen Siegermächte es nicht verstanden haben, die höchste Weisheit des Siegers walten zu lassen, indem sie Mäßigung übten und dem jungen deutschen Volksstaat das gaben, was später ein Vertreter altpreußischer Reaktion, wie Herr v. Papen spielend ernten konnte. Die Väter des Friedensvertrages wurden so die Paten der Hitlerbewegung.

Sind die bürgerlichen Mittelparteien großenteils gescheitert an dem aus ihrer an sich wohlgemeinten und richtigen Friedenspolitik erwachsenden Gegnertum eines jungen Nationalismus, der von allen großbürgerlichen mittelständlerischen und agrarischen Kreisen gefördert wurde, so sind die Ursachen für den Mißerfolg der Sozialdemokratie vielfältigerer und schwerwiegenderer Art. Sie seien im voraus in einem Satze charakterisiert: Verantwortung und Macht deckten einander nicht! So kam es, daß vieles geschah, was den klaren Kampfcharakter der sozialistischen Bewegung vor den eigenen Anhängern verwässern mußte.

Das Unheil begann damit, daß die Uneinigkeit der Arbeiterschaft sie hinderte, das wichtigste Instrument der Staatsmacht, das zu schaffende neue Volksheer, wirklich in die Hände des Proletariats zu bringen und daß im Kampfe gegen die überstürzten und sinnlosen Aktionen des Spartakusbundes man sich, da der größte Teil der Arbeiter das Waffenhandwerk satt hatte und nach der Arbeitsstätte und zur Familie drängte, jener freiwilligen Formationen bediente, die unter der keineswegs geschickten Hand eines Noske bereits nach wenigen Wochen eine Entwicklung nahmen, die jedem aufrechten Sozialdemokraten die weitere Mitwirkung verleiden mußte. Rückschauend wird man auch feststellen müssen, daß die Rolle der Soldatenräte der alten Armee politisch keinesfalls glücklich gewesen ist und daß es sich auch als falsch erwiesen hat, einer rein politischen Kategorie wie den Soldatenräten ähnliche Machtbefugnisse wie der ökonomischen Kategorie, der Arbeiterräte, einzuräumen. Kleinbürgerlicher Radikalismus und zugleich auch versteckte Reaktion haben in den damals einflußreichen Körperschaften der Arbeiter- und Soldatenräte verhindert, daß eine klare proletarische Willensbildung entstand, durch die eine bessere Ausgestaltung des Provisoriums bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung hätte erfolgen können. Die Nationalversammlung mußte nach kurzer Zeit einberufen werden, weil ohne sie ein Friedensschluß mit den Siegermächten nicht möglich war. Daß durch die inneren Wirren und die mangelnde Willensklarheit der damals herrschenden Arbeiterführung der Zusammentritt der Nationalversammlung übereilt worden ist, wird man heute rückschauend sagen müssen. Die Nationalversammlung brachte eine bürgerliche Mehrheit. Wollte man diese nicht allein von vornherein regieren lassen, so bestand der Zwang zur Koalitionspolitik, die anfangs Dank der starken Gewerkschaftsflügel, welche auch die damalige demokratische Partei und das Zentrum besaßen, erfolgverheißend erscheinen konnte. Als dann freilich im Kapputsch die Reaktion zu einem neuen Gegenschlag ausholte, war der Augenblick gekommen, an die Stelle dieser Koalition eine klare und eindeutige gewerkschaftlich gestützte Regierung zu setzen. Diese Notwendigkeit ist dann daran gescheitert, daß man im Lager der damaligen Mehrheitssozialisten und der unabhängigen Sozialisten nicht rasch genug den Mut zur großherzigen Einigung finden konnte. Der mangelnde Einheitswillen proletarischer Parteien wurde so zum Ausgangspunkt einer weiteren Entwicklung der bisherigen Koalitionspolitik, die sich als unheilvoll erweisen sollte. Insbesondere als nach dem Ruhrkampf und der Inflationszeit, die die Sozialdemokratie oft mit richtigen Erwägungen, nicht aber stets mit hinreichender Energie zu bekämpfen suchte, die — leider zu spät — geeinte Partei dann in einer Regierung mit der deutschen Volkspartei ging, wurde eine Koalition mit einer so ausgesprochenen Interessenvertretung des Arbeitgebertums unter rein außenpolitischen Gesichtspunkten geschlossen, daß die Innenpolitik daran Schaden nehmen mußte. Denn indem bei dieser Regierung und auch später bei der Koalitionsregierung Hermann Müller der Klassengegensatz im Kabinett selbst zum Austrag kam, entstanden jene schwachen Regierungen und jene ungewissen Mehrheiten, die den deutschen Parlamentarismus so lange diskreditierten, bis das Volk selbst aus Enttäuschung darüber sein Parlament zerwählte. Vor allem die Regierungszeit des Kabinetts Hermann Müller wird als warnendes Beispiel dafür gelten müssen, wie eine Koalitionspolitik nicht gemacht werden darf. Hermann Müller, damals schon ein kränklicher Mann, in dessen Natur es lag, Kompromisse, von deren Notwendigkeit er innerlich überzeugt war, ohne genügenden Widerstand einzugehen, bildete das neue Kabinett nicht auf Grund feststehender Forderungen der damals siegreichen Sozialdemokraten, sondern nach dem Prinzip, sich erst einmal von den anderen Koalitionspartnern sagen zu lassen, was sie nicht wollten. Für die Art des Vorgehens war die Panzerkreuzeraffäre ein Symbol und die Masse, die das Symbol schneller begreift als andere Tatsachen, wurde in ihrem Vertrauen zur Energie der

sozialdemokratischen Politik erschüttert. Das Nachgeben in dem Arbeitskonflikte an der Ruhr, in den die Regierung mit großem Elan zugunsten der streikenden Arbeiter hineingegangen war, zeigte erstmalig dem Unternehmertum, wie schwach die Abwehr seines durch die Konjunkturjahre erstarkten Machtwillens geworden war. So kam es dann schließlich zum Sturze des Kabinetts Müller, als der konservative Flügel des Zentrums glaubte, nach Zerstörung der Mittelparteien aus der lästigen einseitigen Bindung an die Sozialdemokratie durch die Bildung einer neuen großen Rechten wieder frei zu kommen und die alte Schaukelpolitik zwischen rechts und links zum Ziele der personellen Machtverstärkung wieder treiben zu können.

Als Brünings Experiment fehlgeschlagen war und die Septemberwahlen des Jahres 1930 den ersten Erdrutsch zugunsten der Nationalsozialisten gebracht hatten, begann die Periode der Tolerierungspolitik, über deren Richtigkeit die Meinungen innerhalb der Sozialdemokratie wohl noch auf lange Zeit hinaus auseinandergehen werden. An und für sich wird man zugeben müssen, daß Hitler, der schon 1930 die Alleinmacht erstrebte und niemals bereit war, zu annehmbaren Bedingungen in eine Koalition mit anderen Parteien zu gehen, damals bereits beim Bürgertum und bei der Bürokratie, die unter dem frischen Eindruck der Wahlen standen, ebensowenig Widerstand gefunden hätte wie er ihn zuletzt bei Papen und Hugenberg nicht fand. Ferner wird man zugeben müssen, daß der Einheitswille der Arbeiterschaft damals geringer war als später, man wird auch eine Politik nicht schon deswegen falsch heißen können, weil sie dem jahrelangen Sturm der wirtschaftlichen, politischen und seelischen Krise des deutschen Volkes nicht standhalten konnte. Aber man wird doch feststellen müssen, daß jedenfalls die Art, wie die Tolerierungspolitik betrieben wurde, sich als unzureichend erwiesen hat. „Tolerieren, aber nicht toleriert werden", sagte ein bereits im Sommer 1931 erschienener Artikel im Berliner Funktionärblatt. Aber trotzdem glitt man immer mehr von der Politik des Tolerierens in die Politik des Toleriertwerdens hinüber, bis dann die Preußenwahlen im Frühjahr 1932 das immer wachsende Ansteigen der Nationalsozialisten aufs neue dokumentierten. Durch den Wahlausfall wurde die preußische Position, mit deren Aufrechterhaltung man immer wieder die Tolerierungspolitik begründet hatte, ernstlich gefährdet. Sie war zwar zu erhalten, wenn man bereit war, sie mit Zähnen und Klauen zu verteidigen. Das geschah nicht, sondern es erfolgte eine Politik des Nachgebens und Ausweichens, die als Schwäche gedeutet wurde. Die Absichten des Herrn v. Papen waren bereits vor dem 20. Juni gerüchtweise bekannt geworden. Severing, als preußischer Innenminister, verhandelte mit dem Reichsinnenminister Herrn von Gayl und vertraute dessen Zusage, daß vor den Neuwahlen keinesfalls die damals bestehende Idee eines Reichskommissars aktuell werden würde. Ja, am Tage vor der entscheidenden Besprechung wurde über deren Gegenstand der Pressechef des Preußischen Innenministeriums auf seine telefonische Anfrage hin sogar von der Reichskanzlei *falsch* informiert. Immerhin hat sich die damals bei Severing und auch in führenden Parteikreisen zutage tretende Vertrauensseligkeit, die schon in der Frage der sogenannten „schwarzen Reichswehr" sich so betrüblich zeigte, als ein schwerer Fehler erwiesen. Die rechtzeitige Verhängung eines preußischen Ausnahmezustandes hätte nicht nur die juristische Begründung eines militärischen Ausnahmezustandes, der die preußische Polizei automatisch ihrer Selbständigkeit beraubte, außerordentlich erschwert, sondern sie hätte auch die Möglichkeit gegeben, durch Einbeziehung des Reichsbanners in die Schutzpolizei und einen Aufruf der Gewerkschaften zum Generalstreik die letzte große Chance des Widerstandes zu ergreifen. Ein Kampf hätte dann vielleicht mit einer Niederlage enden müssen, aber es ist mehr als zweifelhaft, daß es zu einem solchen Kampfe gekommen wäre und Beispiele in anderen Ländern zeigen, daß ein rechtzeitig und energisch bekundeter Abwehrwille das beste Mittel gegen verfassungswidrige Experimente ist. Zu einem solchen Willen aber fehlte dem starken deutschen Legalitätsdenken, das sich gelegentlich bei der deutschen Sozialdemokratie leider bis zum *Legalitätswahn* steigern konnte, jeder wirkliche revolutionäre Impuls.

So wurde diese letzte große Chance des Widerstandes versäumt. Man muß sich, wie gesagt, darüber im klaren sein, daß die Aussichten des Kampfes von vornherein gering waren. Vor allem wäre es kaum möglich gewesen, die Kommunisten daran zu hindern, einen ausbrechenden Konflikt für ihre eigenen damals ganz undurchführbaren Ziele auszunützen. Daß sie sich einem Kampfe für das Kabinett Braun und Severing, gegen das sie noch ein Jahr zuvor den Volksentscheid in Eintracht mit Nationalsozialisten und Stahlhelm herbeizuführen suchten, und das sie als „Sozialfaschismus" bis zum letzten Tage gebrandmarkt hatten, unter Einsatz des Lebens und der materiellen Existenz zur Verfügung stellen würden, war weder zu erwarten, noch von dem einfachen kommunistischen Wähler zu verlangen. Ein Beweis dafür, wie falsch die Situation damals in kommunistischen Kreisen beurteilt wurde, mag die Tatsache sein, daß die Bekanntgabe der Absetzung des Kabinetts am Abend des gleichen Tages in einer kommunistischen Wahlversammlung in Kassel Beifallsstürme auslöste! Aber es muß auch offen zugegeben werden, daß der übrige Teil der deutschen Arbeiterschaft, zwar soweit er organisationstreu war, irgendeiner Parole von obenher harrte, und deren Ausbleiben mit Bitterkeit empfand, daß aber die Masse der Indifferenten an jenem Tage nach Hause ging, als ob sich nichts Entscheidendes ereignet hätte. Um Straßen und Plätze mit dem elementaren Ausbruch der Volksleidenschaft zu füllen, dazu war das deutsche Proletariat durch Krieg, Revolution, Inflation und die entsetzliche Bürde der jahrelangen Krise bereits zu geschwächt. Ganz abgesehen davon, daß

sich hier zeigte, daß man das, was man nicht ursprünglich in schweren Kämpfen erworben hat, nun auch nicht mit der notwendigen Leidenschaft zu verteidigen vermochte, kam in dem Verhalten des deutschen Proletariats auch jene seelische Lähmung der Erwerbslosen zum Ausdruck, die entgegen allen früheren Vermutungen über eine revolutionäre Kraft der Arbeitslosigkeit, die verdienstlichen Untersuchungen des Wiener Sozialpsychologen Lazarsfeld bei der Arbeitslosengemeinde Marienthal erst unlängst festgestellt hat. Auch soll nicht verkannt werden, daß hier die Schattenseiten der Tolerierungspolitik zum Vorschein kamen. Aehnlich der „Burgfriedenszeit" des Krieges sowie der Zentralarbeitsgemeinschaftsperiode der ersten Nachkriegszeit hatte sie das Proletariat des spontanen Aktionswillens entwöhnt. Alles das zusammen schuf jene Atmosphäre des „Lerne leiden ohne zu handeln", die am ehesten erklärlich macht, warum im Grunde in der Führung und in der Gefolgschaft der sozialdemokratischen Partei und vor allem der freien Gewerkschaften die gleiche, nur durch einige recht ungeschickte Oppositionelle bekämpfte Linie verfolgt werden konnte.

Freilich darf nicht vergessen werden, daß selbst das Echo eines kräftigeren Abwehrwillens der Arbeiterschaft in den sogenannten „republikanischen" Parteien denkbar gering war. Wenn man von gelegentlichen Aeußerungen der christlichen Gewerkschaften, den radikalen bürgerlichen Intellektuellen ohne Massenanhang und von den Kundgebungen kleinerer Verbände und Konventikel absieht, so hatte der Nationalsozialismus mit seiner stürmenden und kämpferischen Kraft weite Kreise der kritiklosen Jugend erfaßt und wurde vor allem zu einer Art Religion des proletarischen Mittelstandes, insbesondere auch im Paradiesglauben jener Angestelltenschichten, die durch die technischen Umwälzungen der Nachkriegszeit zwar zahlenmäßig eine weit stärkere Entwicklung genommen hatten als die Arbeiterschaft, zugleich aber auch von den Stillegungen der Krise besonders stark getroffen wurden, zumal, da die menschenersparende Rationalisierung, die zuerst nur den Arbeiter ergriffen hatte, nun auch in den Büros ihren Einzug hielt. Es traf zu, was Gregor Strasser im Reichstag einmal verkündet hatte, daß nahezu 95 Prozent des deutschen Volkes von einer antikapitalistischen Sehnsucht erfüllt waren, aber es traf weiter zu, daß mehr als 50 Prozent davon entweder wie die Deutschnationalen einer Art ständischen Romantik folgten, die auch in katholischen Kreisen populär war, oder jenem Sozialismus huldigten, den Marx schon in seiner Unwahrhaftigkeit unter dem Namen „deutscher oder wahrer Sozialismus" im kommunistischen Manifest angeprangert hat. Man predigte die klassenkampffreie Volksgemeinschaft und suchte die weitesten Kreise des Volkes mit einer Propaganda zu durchdringen, die, je schlimmer die wirtschaftliche Krise des Hochkapitalismus sich auswirkte, um so stärker im Volke Fuß faßte.

Innerhalb der intellektuellen Schichten war es der sogenannte „Tat"kreis um die Wirtschaftsliteraten Ferdinand Fried und Hans Zehrer, der mit der Forderung nach einer mitteleuropäischen Autarkie eine Art preußischen Sozialismus propagierte mit dem man in gleicher Weise einer bolschewestischen Entwicklung vorbeugen und zugleich das von allen Seiten zusammengetragene Gedankengut des Nationalsozialismus veredeln wollte. Diesen Gedankengängen, die auch in der dem „Tat"kreis zur Verfügung gestellten „Täglichen Rundschau" verkündigt wurden, stand in der letzten Periode seiner politischen Tätigkeit Herr von Schleicher nahe. Schleicher, der seinem eigenartigen Namen alle Ehre gemacht hatte durch die Art, wie er es verstand, hinter den Kulissen das Kabinett Müller zu stürzen, Brüning in den Sattel zu heben, Brüning zu stürzen, Papen in den Vordergrund zu stellen, um dann auch Papen zu beseitigen, wurde durch den Gang der Ereignisse gezwungen, selbst auf die Bühne des politischen Geschehens zu treten. Bei dieser Gelegenheit zeigte es sich erst, wie sehr ein Mann, der als Intrigant im Hintergrunde geschickt die gesamten Schnüre zu ziehen wußte, versagen kann, wenn er selbst aus der Rolle des Kritikers in die des Handelnden gedrängt wird.

Schleichers Ehrgeiz war es ohne Zweifel, Deutschland wieder zu einem militärpolitisch aktiven Staat zu machen und für diesen Zweck ebenso die breite Bewegung des Nationalsozialismus einzuspannen wie auch die ihm durch die Gewichtigkeit ihrer Organisation imponierenden Gewerkschaften. Nur so ist es zu erklären, daß Schleicher der Illusion huldigte, man könne eine dritte Front zusammenbringen, die mit Ausnahme der dünnen kapitalistischen Schichten und der Kommunisten, von links nach rechts alles unter dem Stahlhelm mit schwarzrotgoldener Kokarde vereinen sollte. Herr von Schleicher sprach von Sozialisierung, aber es verstand jeder, daß er darunter nur die Verstaatlichung der Waffenschmiede zum Zwecke der bequemeren Aufrüstung meinte. So fand er in der sozialistischen und christlichen Arbeiterschaft wenig Gegenliebe und auch das Experiment, unter Führung von Gregor Strasser, den proletarischen Flügel der Nationalsozialisten zu gewinnen, scheiterte. Schleicher hatte eben gar nicht begriffen, daß es im Wesen des Nationalsozialismus als einer Rebellion des Mittelstandes lag, einer wirklichen sozialistischen Einheitsfront auszuweichen und die Verbindung mit den traditionell herrschenden Schichten in Deutschland aufrechtzuerhalten. Gerade diesen Kreisen war aber die sozialistische Drapierung der Schleicherschen Reden verdächtig, und, als nun gar unter der sonst ziemlich inhaltlosen Aera des General-Kanzlers im Reichstag die Frage der unter dem Namen Osthilfe-Skandal bekannt gewordenen großagrarischen Subventionspolitik begann, die Oeffentlichkeit zu beschäftigen, kam Schleicher in die schwerste Bedrängnis. Die Industrie hatte, um einem „preußischen Sozialismus" zu entgehen, das kleinere Uebel der Hitlerfreundschaft vorgezogen, und,

nachdem zwischen Papen und Hitler eine Aussöhnung erfolgt war, setzte der Ansturm ein, an dem sich nun auch die großagrarischen Kreise auf das lebhafteste beteiligten. Als dann die Gefahr bestand, daß auch der Gutsbesitz des Reichspräsidenten, Gut Neudeck, und im Zusammenhang damit die eigenartige Steuerschiebung, durch die das Gut auf den Sohn des Reichspräsidenten übertragen worden war, mehr als ihm lieb sein konnte, Gegenstand der öffentlichen Diskussion wurden, begann Hindenburg oder vielmehr der Kreis, der hinter seinem breiten Rücken die politischen Geschäfte besorgte, von Schleicher, der niemals sich großer Beliebtheit am neudeutschen Hofe erfreut hatte, sich abzukehren.

Hatte der Jänner noch Hitler nach seinen Wahlverlusten in der Defensive gesehen, so begann, nach einem propagandistisch geschickt ausgenutzten Wahlerfolg Hitlers in Lippe, sein Stern neu zu glänzen. Als dann Herr von Schleicher die Auflösungsorder für den Reichstag verlangte, wurde sie ihm nicht gewährt. Und am 30. Jänner wurde das Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg gebildet, nachdem noch am vorhergehenden Tage die Chancen eines Zusammenleimens der alten Harzburger Front nicht sehr günstig gestanden hatten. Eingeweihte wollten wissen, daß die leider falsche Nachricht, Schleicher habe Papen und den Obersten von Hindenburg, die einen Staatsstreich planten, verhaften lassen wollen, nicht nur dazu beitrug, daß Papen und Hitler schnell handelseinig wurden, sondern daß vor allem auch der Reichspräsident unter dem Eindruck dieser Möglichkeiten es für geraten hielt, dem Bündnis seine Zustimmung zu geben. Die Kreise um Hindenburg mochten dabei glauben, daß es Herrn von Papen gelingen werde, auf Grund bestimmter Zusicherungen Hitlers die Vizekanzlerschaft in eine Art Mitkanzlerschaft und geistige Führung zu verwandeln. Die Kreise um Hindenburg sollten sich täuschen, ebenso wie die Deutschnationalen und der Stahlhelm, die denen nicht glauben wollten, die ihnen die Schwäche ihrer zukünftigen Rolle voraussagten.

Am betrüblichsten hatte das Spiel für Herrn von Schleicher geendet. Er wiederholte damals den Fehler, den die preußischen Minister vor dem 20. Juli gemacht hatten: statt zuzupacken und das in letzter Stunde bei restloser Klarlegung der Situation mögliche Bündnis zwischen Arbeiterschaft und Armee gegen die nationalsozialistische Diktatur herbeizuführen, resignierte er und trat ab, ein Bürogeneral, der keine Schlacht gewagt hatte.

Mit der Ernennung Hitlers zum Kanzler und vor allem mit der Berufung Goerings zum kommissarischen preußischen Innenminister begann jene kurze Uebergangsaera, die in wenigen Wochen bis zu den Toren des „Dritten Reiches" führen sollte. Wie war es möglich, daß die nationalsozialistische Bewegung diesen beispiellosen Siegeszug zur Macht antreten konnte?

Hitlers Weg zur Macht

Der Nationalsozialismus ist ein Kind des Krieges und der Krise. Der Krieg hat ihn als eine militante Kampfgemeinschaft gezeugt und die Krise hat ihn als Verzweiflungsprodukt des ökonomisch versinkenden Mittelstandes geboren. So weit der Nationalsozialismus aber die deutsche Abart des Faschismus ist, ist er, wie dieser, der in allen hochkapitalistischen Ländern erfolgende Versuch, den wirtschaftlichen Monopolismus durch das politische Herrschaftsmonopol einer feudalistisch geleiteten und nach dem Feudalprinzip aufgebauten Partei zu stabilisieren. Der Faschismus ist das letzte Mittel, um in einer Zeit, in welcher der zugespitzte Klassengegensatz ein freies Spiel der Kräfte nicht mehr zuläßt, die bisher herrschenden Schichten durch eine Wiederbelebung des Absolutismus an der Macht zu halten. Er tut das, indem er durch das Ausleseprinzip einer Parteiengemeinschaft scheinbar alle Schichten des Volkes an der Herrschaft beteiligt, in Wahrheit aber den an der Spitze dieses Durchschnitts durch das Volksganze stehenden Schichten die geschickt verhüllte Aufrechterhaltung ihrer Vorherrschaft ermöglicht. Der deutsche Nationalsozialismus ist in Deutschland von den Parteien der Arbeiterklasse lange Zeit hindurch nicht in dieser seiner vollen Bedeutung erkannt worden. Die Ursache hierfür aufzuzeigen erscheint als die wichtigste Vorbedingung dafür, seinem Wesen und seiner Entwicklung wirklich gerecht zu werden.

Man hat sich die marxistische Klassenkampftheorie allzu leicht gemacht und in Wahrheit das, was man als Vulgärmarxismus verspottete, zur durchschnittlichen Lehrmeinung erhoben, indem man nach dem schönen Satze, daß „nicht sein kann, was nicht sein darf" feststellte, es gebe keine kleinbürgerliche Klasse, weil ökonomisch das Kleinbürgertum durch die technische und organisatorische Entwicklung unserer Zeit vernichtet worden sei. In die arbeitsrechtlich nicht einmal einwandfreien Kategorien von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sah man bereits die gesamte Bevölkerung eines modernen Industriestaates aufgeteilt. Soweit der sogenannte Mittelstand sich organisiert hatte, sprach man von arbeitgeberähnlichen oder arbeitnehmerähnlichen Organisationen. Das mochte in der Vielzahl der Fäile, wirtschaftlich gesehen, richtig sein, in der Vorstellungswelt der Betroffenen aber, verliefen die Scheidungslinien zwischen den sozialen Schichten ganz anders. *Nicht die Klassenlage, sondern das Klassenbewußtsein bestimmt die politische Aktion* einer sich als zusammengehörig empfindenden Schicht. Die augenblickliche wirtschaftliche Lage wirkt sich im Denken der Menschen nur allmählich aus. Denn sie trifft nicht auf ein Hirn, das jedes Erlebnis wie ein Schwamm widerstandslos aufsaugt, sondern sie trifft auf ein Denken, das nicht nur von all jenen physisch und biologisch bestimmten Zusammenhängen von Kör-

2

perbau und Charakter seinen *Denkstil* erhält, sondern auch auf jene Fülle von *Hemmungen*, die das *geschichtliche Erbgut* derer sind, in deren Umgebung wir aufwachsen und die, wenn sie uns erziehen, uns erziehen im Geiste jener ökonomischen und politischen Erfahrungen, von denen *sie* vor Jahren oder Jahrzehnten als 15—30jährige, also im Lebensalter der stärksten menschlichen Formkraft, selbst ihr Gepräge erhalten haben. Mit anderen Worten: *die „Marxisten" waren nicht genügend Psychologen* und blieben zu sehr dem Denken des vorigen Jahrhunderts mit seinem technischen und wirtschaftlichen Fortschrittsglauben verhaftet, als daß sie hätten sehen können, wie sehr das neue Jahrhundert, das ein Jahrhundert der sozialen Kämpfe um die Anpassung an den technischen Fortschritt zu werden versprach, die Psychologie in den Vordergrund aller sozialen Erkenntnisbemühungen stellen mußte. Eine der wichtigsten sozialen Erkenntnisse aber mußte insbesondere darin bestehen, daß ein *falsches Klassenbewußtsein eine politische Realität* ebenso bedeutet, wie ein mit der ökonomischen Situation übereinstimmendes, also richtiges Klassenbewußtsein. Der sogenannte „Mittelstand" oder auch das sogenannte „Kleinbürgertum" mag ökonomisch als selbständige Klasse heute nicht mehr existieren. Daß diese Gesellschaftsschicht, politisch-soziologisch gesehen, eine höchst bemerkenswerte Realität darstellt, das muß die wichtigste theoretische Einsicht sein, die uns der Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland, der als eine Revolution des Kleinbürgertums erfochten wurde, zu lehren vermag.

Im Bewußtsein der heutigen gesellschaftlichen Schichten in Deutschland existieren, ähnlich wie es in der Gliederung sozialer Einrichtungen, angefangen vom Charakter der Hotels und Gaststätten bis herab zur Einteilung der Wagenklassen und der Warengeschäfte sich kundtut, drei Hauptschichten: Der *Feudalismus* agrarischer, industrieller und kommerzieller Art, der um sich die leitenden Angestellten der Großunternehmungen, die Spitzen der Bürokratie und Koryphäen der Wissenschaft, der Kunst und der Politik gruppiert. Sie alle sind das, was man gelegentlich die „Gesellschaft", die „Oberen Zehntausend" oder auch die „Führende Schicht" nennt. Neben diese „Gesellschaft" tritt *das mittlere und kleinere Bürgertum*, zu dem sich bewußtseinmäßig, d. h. auch in der Ausdehnung des gesellschaftlichen Verkehrs, der gleichgestellten Heirat und der gleichen Form der Lebensführung und Lebensauffassung die weitesten Schichten der Beamtenschaft, die große Masse der Bauern, die Angehörigen freier Berufe, des Handwerks, aber auch — freilich häufig uneingestandenermaßen — die Bürokratie der Gewerkschaften, der Arbeiterparteien und auch jene Facharbeiter zählen, die bereits mehr ein zünftlerisches, denn ein proletarisches Denken besitzen. In den Reihen dieses Mittelstandes befinden sich auch jene kleinen und mittleren Unternehmer, die ganz anders als die Ver-

walter anonymer Kapitalien den Klassenkampf aggressiv als politischen Kampf zu führen bereit sind. Sie und die Bürokraten gaben dem Nationalsozialismus bei der Machtergreifung eine ökonomisch-technische Stärke, die noch weit über sein zahlenmäßiges Verhältnis hinausging.

Gegenüber diesen beiden Gesellschaftsschichten, die freilich ökonomisch weitestgehend durch die Begriffe Rentenbezug einerseits, und freies Einkommen andererseits getroffen werden können, steht in ziemlicher Geschlossenheit die *proletarische Klasse*, bei der soziales Sein und soziales Bewußtsein, dank der sozialistischen Erziehungsarbeit und dem harten Anschauungsunterricht des Lebens selbst weitestgehend zur Deckung gelangt sind. Warum sie in Deutschland ihre Herrschaft nicht zu gebrauchen vermochte, ist bereits im vorhergehenden Kapitel aus ihrem inneren Gegensatz, dem übrigens nicht zuletzt der Unterschied vom gelernten, gewerkschaftlich Organisierten und vom angelernten Unorganisierten zugrunde lag, ausgewiesen worden. Hinter dem Proletariat drängt gelegentlich in das soziale Geschehen hinein jene Schicht, die Karl Marx das *Lumpenproletariat* genannt hat und die heute nicht nur aus entwurzelten, durch charakterliche Anlage oder individuelles Unglück herabgekommenen Menschen besteht, sondern auch aus jenen Aermsten, die durch das jahrelange Schicksal der Erwerbslosigkeit oder gar einer Berufslosigkeit ausgeschaltet sind. An sie kommt keine Vorstellung mehr von Klassenkampf und Klassensolidarität heran, weil sie ja nie an einer Arbeitsstätte sich befunden haben, an der das Arbeiterschicksal von Klassenkampf und Klassensolidarität sich erzieherisch zu erfüllen vermochte. —

Dieser kurzen theoretischen Zwischenbemerkung bedurfte es, um zu zeigen, wie die Bevölkerungsschichten beschaffen waren, die als Entwicklungsstadien der Weg des Nationalsozialismus zur Macht durchlaufen hatte und wie er kontinuierlich, mit Ausnahme der wirklich proletarischen Wählerschicht, die anderen Teile des deutschen Volkes zu ergreifen vermochte. Was hier gegeben werden soll, ist ja nicht eine der heute bereits zahlreich vorhandenen Geschichtsdarstellungen des Nationalsozialismus, sondern eine kurz gefaßte Analyse seines Kampfes um die Macht.

In Adolf Hitler, dessen Symbolhaftigkeit, nächst seinen rednerischen und propagandistischen Fähigkeiten, wie bei manchem politischen Führer, seine stärkste Eigenschaft ist, findet sich ebenso die Kriegsgeneration mit ihrer militanten Gemeinschaftsromantik wieder, wie das Kleinbürgertum in seiner weichlichen Sentimentalität, in seinem Drang „nach oben" und seiner zum Ausgleich für das soziale Minderwertigkeitsbewußtsein doppelt starken Brutalität nach unten. Man beachte nur das Vorleben dieses Mannes. In seiner Biographie „Mein Kampf", die nicht nur gelegentlich verworren im Denken, sondern durchwegs schlecht in der Sprache ist, gibt Hitler ein aufschlußreiches Bild davon, wie der Sohn eines kleinen Be-

amten darunter leidet, daß er als ein Mensch mit zumindest künstlerischem Temperament und überdurchschnittlicher Individualität sich einreihen soll in die proletarische Arbeitsordnung der Gewerkschaft. Im Grunde ist sein Protest dagegen, daß man ihn, den Beamtensohn aus Braunau, in Wien zur gewerkschaftlichen Organisation zwingen will, der typische Protest des kleinbürgerlichen Individualisten. Sein großes Erlebnis wird aber der Krieg, der solchen Existenzen plötzlich eine Erlebnisfülle und sogar die äußerliche Anerkennung eines Heroentums schenkt, deren sie sonst im engumgrenzten Zirkel ihres Seins nicht teilhaftig geworden wären. Adolf Hitler erlebt den Zusammenbruch und es ist für ihn zugleich der Zusammenbruch jenes heroischen Weltbildes, das ihm, wie allen im Grunde weichlichen und feminen Menschen, innerlich Haltung geben konnte. Er findet nach dem Kriege Anschluß an eine kleinbürgerliche Stammtischrunde, die sich unter Leitung eines gewissen Anton Drexler gebildet hatte, und die mit Begriffen arbeitete, wie sie Hitler von seinem Wiener Aufenthalte her aus dem Antisemitismus des Bürgermeisters Lueger bekannt geworden waren. In diesem kleinen Verein wird Adolf Hitler im Juli 1919 das Mitglied Nummer 7. Vorher hat er schon durch einen Vortrag des „Geldtheoretikers" Gottfried Feder die Ziele dieser deutschen „Arbeiterpartei" kennengelernt und sich selbst in „vaterländischem" Sinne als Lehrer bei der Wehrmacht betätigt. Die enge Verbindung mit der Wehrmacht, insbesondere mit den Freikorps und ihren Führern gibt die Basis für die erste Etappe des Hitlerschen Weges zur Macht an. Die Anfänge des Nationalsozialismus sind gar nicht zu verstehen, wenn man nicht den Geist und die Rolle jener Freischaren kennt, die ursprünglich zum Schutze der östlichen Grenzen und auch zur Bekämpfung des Spartakusbundes geschaffen, sehr bald eine unheilvolle Rolle spielen sollten. Es ist der große historische Fehler von Männern, wie Ebert, Noske und anderen damals amtierenden mehrheitssozialistischen Führern, nicht rechtzeitig erkannt zu haben, welche Geister sie riefen und nie mehr loswerden konnten. Denn diese entwurzelten Feudalen und ihre Landsknechthaufen hatten späterhin das Empfinden, daß sie eigentlich Deutschland vor dem „bolschewistischen" Untergang gerettet hatten. Sie hielten daher auch in späteren Jahren zusammen, bildeten den Kern der sogenannten schwarzen Reichswehr während des Jahres 1923, tarnten sich alsdann als sogenannte „Arbeitsgemeinschaften", die von den angeblich notleidenden Rittergutsbesitzern auf den Gütern gut durchgefüttert wurden und blieben schließlich, teils als Grenzschutz, teils als Sturmabteilungen der Nationalsozialisten oder als sonstige rechtsradikale Bünde zusammen. Der Kampf, der dann gelegentlich von der Staatsgewalt gegen sie aufgenommen wurde, mußte sie besonders erbittern, weil sie wußten, daß nicht nur Männer wie General von Seeckt als Führer der Reichswehr, sondern sogar auch der republikanische preußische Innenminister Severing von ihrer Existenz wußte und trotzdem in

völliger Verkennung des wahren Charakters dieser Grenzschutztruppen aus Motiven schwieg, die er im besten Sinne für patriotisch halten mochte. Er glaubte, es sei „staatsmännisch" gehandelt, in Wahrheit war es unpolitisch.

Die enge Verbindung nicht nur zu den Freikorps, sondern zu der Reichswehr selbst, wurde von der Hitlerbewegung schon sehr frühzeitig hergestellt. Der später aus recht privaten Gründen zu einer gewissen Berühmtheit gelangte, organisatorisch offenbar begabte Haudegen Hauptmann Röhm, war Verbindungsmann zu jener Generalität, aus deren Mitte ein Mann, wie Herr v. Epp heute das Statthalteramt in Bayern aus den Händen Hitlers erhalten hat. Neben den entwurzelten Freikorpssoldaten waren es schon frühzeitig Studenten und junge Akademiker, bei denen der Nationalsozialismus Eingang fand. Sie standen zuerst der sozialistischen Revolution oder dem, was sich als solche gebärdete, nicht feindselig gegenüber, aber ihr sogenannter Sozialismus war mehr ein joviales „Von-oben-her-Ordnenwollen", denn ein irgendwie überzeugtes Bekenntnis zum Sozialismus im proletarischen Sinne. In den volkswirtschaftlichen Seminaren jener ersten Nachkriegszeit wurden mit Vorliebe die kleinbürgerlichen französischen Scheinsozialisten ausgegraben und, eventuell mit einer kleinen Beimengung von Lassalle, dem bösen Marx gegenübergestellt. Spenglers „Preußischer Sozialismus" und Ottmar Spanns echt faschistische Lehre, daß der Staat weniger auf freien Willensverträgen, wie sie der Liberalismus annahm, noch auf einer Klassenherrschaft, wie sie der Sozialismus konstatierte, beruhen könne, sondern, daß er eine allumfassende Ganzheit sei, fand in diesen Köpfen viel Anerkennung, zumal sie auch häufig mit der sogenannten „freideutschen" Jugendbewegung sympathisierten, die bereits vor dem Kriege aus einer neu erwachenden Volks- und Wanderkultur erwachsen war und sehr bald den Charakter einer Protestbewegung gegen die kapitalistische Umwelt angenommen hatte, sich aber mit einer typisch kleinbürgerlichen Flucht in die Romantik und zu ihren Größen Friedrich Schlegel, Adam Müller und Novalis der Problematik der Wirklichkeit entzog. „Romantischer Sozialismus" nannte sich diese ästhetisierende Pseudopolitik. In solchen durch die Zeit und durch die romantische Flucht vor ihr erregten Köpfen war es nicht schwierig, die Flamme dieses neuen Evangeliums zu entzünden. Das umsoweniger, als das Kleinbürgertum, um sich aus der damals mit Macht erfolgenden Proletarisierung zu retten, sich bemühte, seinen Kindern die Sicherungen eines Bildungsmonopols zu schaffen, das in einem Lande der typischen Titelsucht noch den Anschluß an die gesellschaftlich führenden Schichten, selbst bei kleiner Stellung und kleinem Portemonnaie, ermöglichte. So steigerte sich in der Nachkriegszeit in katastrophalem Gegensatz zur Verarmung des deutschen Volkes die Zahl der deutschen Studierenden von 60.000 auf 130.000, darunter nahezu zur Hälfte Beamtensöhne, zu drei Vierteln Kleinbürgerkinder. Es wuchs ein neues,

übergroßes Heer von stellungslosen Akademikern heran, das den in Amt und Würden befindlichen Anwälten und Aerzten, die obendrein häufig jüdischer Herkunft waren, die Existenz neidete und so willig der pseudorevolutionären, insbesondere antisemitischen Propaganda das Ohr lieh.

Zu den früheren Angehörigen der Freikorps, die auch, als sie in nationalsozialistische Wehrorganisationen und später in den Rahmen der SA. (Sturmabteilungen) überführt wurden, der finanziellen und moralischen Unterstützung der Reichswehr, welche in ihnen die Vorboten der kommenden Militarisierung Deutschlands sah, sicher sein konnten, traten auch bald jene kleinen Handwerker und Geschäftsleute, denen die Inflation ihr bißchen Habe genommen hatte, und die, wenn sie von Sozialismus sprachen, vor allem ihrem echt mittelständlerischen Haß gegen die wenigeren und erfolgreicheren Großunternehmungen Ausdruck gaben. In diesen Schichten konnte der Antisemitismus, der seit der Aufstellung eines Programmes im Feber 1920 immer stärker die nationalsozialistische Propaganda beherrschte, Gefallen finden.

Nach dem mißlungenen Putschversuch des Jahres 1923, den Hitler entgegen seinem klassischen Ausspruch weder siegreich, noch tot verlassen hatte, begann, obwohl die Gerichte bereits damals mehr Freundschaft zur Rechten als zum Rechte walten ließen, eine durch die Festungshaft Hitlers höchst ungünstig beeinflußte Periode des Nationalsozialismus. In jener Zeit kamen ihm aber zwei neue Momente zu Hilfe. Die Periode der sogenannten „Rationalisierung" griff von den Fabriken auf die Büros über und setzte zahlreiche jener Angestellten frei, die, solange sie noch in Brot und Stellung waren, sich zur bürgerlichen Mitte oder zur gemäßigten Rechten bekannt hatten. Sie waren von jener „antikapitalistischen Sehnsucht", von der später im Reichstag G r e g o r S t r a s s e r sprach, erfüllt und begrüßten einen Sozialismus, der es ihnen, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" einmal treffend sagte, erlaubte, „gesellschaftsfähig" zu bleiben, also den Anschluß „nach oben" zu behalten. Sie fanden im Nationalsozialismus, was sie ersehnten: Einen „Sozialismus mit Vorderaufgang für Herrschaften!" Wie schön war es für einen „Stift", der den Weg „vom Stift zum Handelsherrn" nicht mehr machen konnte, sondern bestenfalls dazu verurteilt war, ein abgebrochener „Stift" sein Leben lang zu bleiben, (falls er nicht bereits mit 30 Jahren als „älterer Angestellter" kein Unterkommen mehr finden konnte), am Morgen im Geschäft vor den neidischen Kollegen zu renommieren: „Ich habe heute mit Herrn Major zusammen ein Bier getrunken!" Er kam sich dann selbst wie ein Stückchen Major vor und vergaß, welch Stückchen Malheur er in Wirklichkeit war.

Außer den ehemaligen Offizieren, die oft aus Gründen, die mehr mit Erotik, als mit Politik zu tun hatten, bei diesen Jungmannschaften Anschluß suchten, fanden sich aber auch nun die hoch-

gestellten Gönner ein, die gegen jene Linksentwicklung, wie sie sich durch den Wahlsieg der Sozialdemokratie von 1928 anzudeuten schien, eine starke Gegenbewegung brauchten. So kam es, daß Leute aus der Schwerindustrie, wie Fritz T h y s s e n, ihr „H e i l H i t l e r" riefen. Vor allem deswegen freilich, weil sie ihr e i g e n e s Heil bei Hitler zu finden hofften, der nunmehr in die Gunst der Herrenklubs, jener feudalen, reaktionären und politischen Vereine kam, aus denen später sein früherer Widersacher und jetziger Kanzlerkollege, Herr von Papen, zu einer ihm nicht gebührenden Beachtung emporstieg.

Die während der Regierungszeit Hermann Müllers bereits anhebende Krise brachte der Hitlerbewegung obendrein nunmehr Eingang zu weiteren Schichten, die ihr bisher kaum zugänglich gewesen waren. Es stießen zu ihr die aus wachsender Agrarnot und Verschuldung radikalisierten Bauern, die in Schleswig-Holstein und anderen agrarischen Gegenden Steuerstreiks, Märsche unter schwarzen Fahnen, ja sogar — eine für den Bauern mit seinem starken Eigentumsinstinkt bisher ungewohnte Vorstellung — Bombenattentate inszeniert hatten. Und schließlich gelang es auch, zwar nicht in das Proletariat selbst, wohl aber in seine Randschichten einzudringen, so wie man anfangs bereits in die Randschichten des Feudalismus Eingang gefunden hatte. Die jungen „Berufslosen", über deren Unmöglichkeit sich klassenmäßig zu orientieren wir bereits gesprochen haben, waren bereit, für ein Nachtquartier in der SA.-Kaserne, für einen billigen Teller heiße Suppe und für eine mehr oder weniger schmucke Bekleidung Söldner des Nationalsozialismus zu werden. Nicht zuletzt spielte dabei die Hoffnung mit, sein Seelenheil nicht nur für diese Erbsensuppe zu verkaufen, sondern im Dritten Reiche eine Stellung zu bekommen nach der Parole: „Steh auf, daß ich mich setzen kann!"

So war es Hitler gelungen, mit Ausnahme des durch das Zerwürfnis der Parteien geschwächten und obendrein ökonomisch in seiner Bedeutung zurückgegangenen industriellen Proletariats nahezu alle Schichten der Bevölkerung zu erfassen. Daß seit jener Zeit, in der in Thüringen und Braunschweig nationalsozialistische Minister amtierten, auch ein großer Teil jenes Berufsbeamtentums zu ihm übertrat, das der Republik die Konkurrenz der nicht fachlich vorgebildeten Beamten nie hatte verzeihen können, durfte in keiner Weise wundernehmen.

Nach der Machtergreifung im Reiche kamen dann noch alle die anderen dazu, die stets „mit dabei" sein müssen, und es fragt sich nur, ob Hitlers vor etwa fünf Jahren gesprochenes Wort noch heute Gültigkeit besitzt: „Wenn erst die große Masse mit Hurra bei uns einschwenkt, sind wir verloren."

Diesen Ausspruch kann man in seiner Deutung im Grunde nur erfassen, wenn man sich vor Augen hält, daß die ganze, sozial überaus differierte Anhängerschaft im Grunde weniger von Erkennt-

nissen als von jenem vagen, einer Psychose gleich wachsenden Glauben zusammengehalten wurde, der allemal dort überstark wird, wo Menschen zur Macht drängen, die allen alles versprechen können, weil sie bisher niemandem etwas zu halten brauchten und wo obendrein die bisher regierenden Parteien für alle aus der ökonomischen Entwicklung stammenden Leiden verantwortlich gemacht werden.

Im Wesen des Nationalsozialismus als einer eminent militanten und obendrein auf die politisch wenig geschulten Schichten des Mittelstandes eingestellten Bewegung lag es, daß weniger das Programm, über das wir noch zu sprechen haben werden, als die Propaganda Hitlers, Goebbels und der anderen Demagogen Einfluß hatte. Frühzeitig erkannte man den Wert der Symbole und aller das Gefühl des einfachen Mannes erreichenden Agitationsmittel. Es ist beschämend für die Arbeiterparteien, daß sie aus ihrem Vernunftsglauben hinaus es nicht verstanden, jene Gefühlsmomente zu erwecken, die nun einmal die Träger großer Willensanspannungen sind. Hatte schon die von Ebert nicht gewollte Revolution des Jahres 1918 auch bei denen, von denen sie bejaht wurde, meistens unter der Devise gestanden: „Der Rasen darf nicht betreten werden", so fehlte auch später den Verteidigern der Demokratie Machtwille und Phantasie in erstaunlichem Maße. Es zeigte sich eben, daß Parteibeamte glauben, daß alles in Ordnung sei, wenn die Organisation „klappt", während die Organisation in Wahrheit nichts ist, wenn sie nicht auch von einer lebendigen Bewegung getragen wird. Eine solche Bewegung war aber mit so viel Aufklärungsunterricht, ja auch mit den häufig etwas spießigen Maifeiern und einer zum Zeremoniell erstarrten Versammlungs- und Demonstrationstechnik nicht zu erreichen. Erst der Nationalsozialismus hat uns richtig gelehrt, mit welch primitiven Mitteln die Propaganda arbeiten muß: Riesige rote Plakate mit verhältnismäßig vielem, aber stets wirkungsvollem Text waren die Erfindung der Herren Hitler und Goebbels. Ein, allerdings nur durch die reichen Mittel der Geldgeber finanzierter Versammlungssturm fegte durchs Land. Im braunen Haus in München schuf man sich ein sichtbares Zeichen der Macht und obendrein eine bis ins letzte ressortmäßig gegliederte und in der Opposition bereits auf die kommenden Aufgaben dressierte Gegenregierung. Das Hakenkreuz wurde an allen möglichen und unmöglichen Orten ein einprägsames Symbol, das kämpferische Auftreten der malerisch braun uniformierten SA. und der noch malerischer uniformierten schwarzen, silberbedreßten Schutzstaffeln (SS.) erregte die Fantasie der Frauen und jener breiten Schichten Jugendlicher, die allemal dorthin gehen, wo es am „revolutionärsten" ausschaut. Bis ins einzelne waren nicht nur die etwa 30 Gauverbände durchorganisiert, mit ihren von Gruppen zu Trupps, Stürmen, Standarten, Gaustürmen und Armeeinspektionen zusammengefaßten Abteilungen, die denen

der Reichswehr, auch in der Bezeichnung örtlich möglichst angenähert waren. Man lese nur einmal, um zu sehen, wie die Sturmführer und Osafs bis ins letzte durchdachte szenische Anweisungen erhalten, einen kleinen Ausschnitt aus einer Dienstanweisung für eine Standartenweihe im Nürnberger Luitpoldheim, die sich an eine „Heldenehrung" anschloß. Es heißt da:

> „Viertes Trompetensignal mit Böllerschuß. Auf den Schuß macht die gesamte SA. wieder Linksum kehrt. Front zu den Rasenterrassen und rühren!
>
> Führer und Fahnen rücken vom Denkmal links um die SA. herum auf die Rasenterrasse. Die Führer sind nicht zu grüßen. Die Standarten-Gruppen der neuen Standarten rücken zur mittleren Terrasse. „Preußens Gloria" durch Sonder-SZ. und MZ.
>
> Fünftes Trompetensignal: Adolf Hitler spricht zu seinen SA.-Männern. Lautsprecher.
>
> Weihe und Uebergabe von 25 neuen Standarten und 10 SS.-Sturmfahnen unter den Klängen von „Sturm, Sturm, Sturm", gespielt durch Sonder-MZ.
>
> Sechstes Trompetensignal: alle Standarten rücken zu ihren Verbänden, von denen sie durch Armheben (ohne Heilruf) gegrüßt werden. Badenweiler Marsch durch Sonder-MZ.
>
> Siebentes Trompetensignal: Kommando Osaf. Hitler und Osaf grüßen die SA., die durch Armheben und Heilrufe antwortet, bis Hitler und Osaf den Platz verlassen haben.
>
> Preußischer Präsentiermarsch Sonder-MZ. und SZ."

Auch wer nicht bis ins einzelne die technischen Abkürzungen dieses Regiebuches versteht, wird mit Interesse daraus ersehen, wie hier eine auf die primitivsten Affekte abgestellte Menschenbehandlung einsetzt, die sich allerdings nicht nur auf die Kunst des Aufmarsches, des Prunks und der rhythmischen Musik beschränkt, sondern auch auf das Zuckerbrot einer sozialen Verheißung, wie sie die Paradieseshoffnung des Dritten Reiches lehrt. Sie verzichtet aber andererseits auch nicht auf die Peitsche des „rücksichtslosen Draufgehens", das unter der Devise „Köpfe werden rollen" trotz aller Legalitätsschwüre eine Serie von Morden und Gewalttaten einleitete, wie sie außer vom faschistischen Italien, wohl die Geschichte keines zweiten europäischen Staates in dieser Fülle kennt. Die Peitsche schwingt der Nationalsozialismus auch, wenn es sein muß, gegen den eigenen Anhänger. Das Wort „Verräter verfallen der Feme" hat eine traurige Berühmtheit in den Annalen der deutschen Gerichtsbarkeit erlangt.

Die Männer, die diese Taten begangen, stehen heute an der Spitze des Nationalsozialistischen Reiches. Unter ihnen sind vom Haß verblendete Fanatiker, aber auch psychopatische, ja sogar sadistische Naturen. Vom Minderwertigkeitsbewußtsein des kleinen Gottseibeiuns mit dem Pferdefuß, des klumpfüßigen und daher mit doppelter Energie geladenen ehemaligen Jesuitenzöglings Goebbels über den bekannten „Sittlichkeitsapostel" Pastor a. D. Münchmeyer geht der Weg bis zu dem jetzigen Polizeipräsidenten von Breslau, der sich selbst zur Erinnerung an seine Untat als „Fememörder Heines" auf Plakaten ankündigen ließ, geht sie bis zur Reihe

jener Landsknechtnaturen, deren Vorleben die Eingeweihten ahnen ließ, was beim Kommen des Dritten Reiches dem Gegner an Opfern harren würde. In diesem Punkte haben die Nationalsozialisten die stärksten Erwartungen nicht enttäuscht.

Der Anbeginn des „Dritten Reiches"

Als Adolf Hitler am 30. Jänner 1933 an der Spitze einer sogenannten Koalitionsregierung von Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Stahlhelm, die sich sehr bald als eine ausgesprochen nationalsozialistische Regierung erweisen sollte, zur Macht kam, fragten sich Millionen, was denn nun wohl die erste Handlung Hitlers sein werde. Zyniker meinten: „Er wird sich einen Fackelzug bringen lassen". Und sie behielten Recht. Ebenso Recht dürften diejenigen behalten, die erklärten, daß diese Regierung zwar in allem Propagandistischem, also in dem, was der Römer „circenses" — „Spiele" nannte, sehr weitgehend, in der Realisierung wirtschaftlicher Forderungen aber mehr als vorsichtig sein und dem Wirtschaftsdiktator Hugenberg auf diesem seinen entscheidenden Gebiete weitestgehend entgegenkommen werde. Zumindestens in der ersten Zeit. Tatsächlich hat auch die Rundfunkrede, mit der Herr Hitler seine Reichskanzlerschaft einleitete, außer dem substanzlosen Projekt eines Vierjahresplanes, über den mit bombastischen Worten der Segen des Allmächtigen herabgefleht wurde und außer wilden Ausfällen gegen „14 Jahre marxistischer Herrschaft", die es in Wahrheit in Deutschland leider gar nicht gegeben hatte, nichts Reelles gebracht. Der Agitator, mit der von Napoleon erborgten Stirnlocke, mit dem von Charlie Chaplin erborgten Schnurrbärtchen, erhob nach Mussolinis Art majestätisch den Arm zum Gruß, aber was er dem Volke bot, waren Phrasen, nichts als Phrasen.

Die SA. verstand die Machtübernahme auf ihre Art. Ueberfälle und Zusammenstöße häuften sich in einer Weise, wie sie nur nach der Aufhebung des SA.-Verbotes durch Herrn v. Papen im Sommer 1932 zu verzeichnen war. Eines der Todesopfer wurde vom Dome aus mit allem staatlichen Gepräge beigesetzt und als an dieser Beisetzung Polizeiformationen mit Hakenkreuzfahnen und Hakenkreuzbinden teilnahmen, wußte man, daß der neue Staat, den diese Regierung zu bilden trachtete, ein ausgesprochener Parteistaat des Nationalsozialismus sein werde. Entgegen den ursprünglich gemachten Zusagen setzte auch sehr bald eine völlige Knebelung der Presse und die Mundtotmachung der kommunistischen und sozialistischen Zeitungen ein. Eine Demonstration vor dem Karl-Liebknechthaus, dem Zentrum der kommunistischen Partei, ließ den provokatorischen Hohn der neuen Machthaber deutlich spüren. Nicht minder deutlich wurde das in der Sitzung eines vor der Wahl noch amtierenden Ausschusses des alten Reichstages, bei der der frühere Reichstagspräsident L ö b e bedroht und an der Ausübung seiner Funktionen mit Gewalt verhindert wurde. Die Verfassung, die bis dahin zwar schon unter dem Notverordnungssystem stark lädiert worden war, wurde nun offenkundig gebrochen. War schon Papens Handstreich gegen Preußen im Juli 1932 ein Gewaltakt, der sich trotz jenes politisch törichten Vorgehens gegen Sachsen, das leider mit Eberts Einverständnis die Reichswehr 1923 inszeniert hatte, gesetzlich kaum rechtfertigen ließ, so war, nachdem das Leipziger Reichsgericht der alten geschäftsführenden preußischen Staatsregierung B r a u n - S e v e r i n g einen bestimmten Aufgabenkreis als nicht aberkennbar zugebilligt hatte, dieser Eingriff ein offenkundiger Verstoß gegen die reichsgerichtlich festgestellte Verfassungsordnung. Daß H i n d e n b u r g, den einst im Vertrauen auf seine Eidestreue die republikanischen Parteien gegen Hitler gewählt hatten, nun auch diesem Verfassungsbruch seine Zustimmung lieh, zeigte, wie weit in der Aera einer scheinbaren Präsidialgewalt der altersschwache Präsident bereits von seiner Umgebung entmachtet worden war, gab aber auch zugleich denen Recht, die sagten, daß Undank eine seiner hervorhebendsten junkerlichen Autokrateneigenschaften sei. H i n d e n b u r g ließ es zu, daß Braun, mit dem ihn lange Jahre hindurch persönliche Freundschaft verbunden hatte, und Severing ihres Amtes entsetzt wurden, damit an ihre Stelle Leute von der Art eines G ö r i n g oder eines R u s t traten. Göring, der sich immer mehr und mehr zum starken Manne der nationalsozialistischen Partei entwickelt hatte, gehörte zu jenen unerschrockenen Fliegeroffizieren, die den Abschuß feindlicher Flugzeuge wie die Vogeljagd betrieben. Die Revolution, die vor dem Schmuck seiner Orden und Ehrenzeichen nicht Halt machte, haßte er wie die Sünde. Bei dem Hitlerputsch hatte er darum aktiv mitgemacht und war verwundet ins Ausland geflohen. Göring, an sich offenbar eine gewalttätige und etwas psychopatische Natur, geriet durch diese Erlebnisse so aus dem Gleichgewicht, daß er dem Morphinismus anheim fiel und, wie sich späterhin herausstellte, in Schweden in einem dortigen Irrenhaus interniert werden mußte, wo er wahre Tobsuchtsanfälle erlitt. Diesem Morphinisten an der Spitze der preußischen Regierung wurde als Kultusminister D r. R u s t beigegeben, ein Mann, dem seine Nervenzerrüttung einige Jahre zuvor bereits durch ein ärztliches Attest bescheinigt worden war. Daß unter diesen „Ministern" der Hinauswurf der letzten republikanischen Beamten sich mit Windeseile vollzog, war selbstverständlich und auch auf den Gebieten der Kunst und Wissenschaft vollzog sich ein Großreinemachen, das damit begann, daß Deutschlands großer Epiker H e i n r i c h M a n n und die Zeichnerin K ä t h e K o l l w i t z aus der Künstlerakademie entfernt wurden, ohne daß die Dichterakademie auch nur den Mut gefunden hätte, dagegen mit einem Wort zu protestieren. Aus den öffentlichen Büchereien wurden alle mißliebigen Werke ausgekämmt, die Intendanten der Bühnen mußten zurücktreten, um nationalsozia-

listischen Parteiliteraten, wie etwa Herrn Johst, Platz zu machen. Der Rundfunk wurde ein Schundfunk, für den es außer nationalsozialistischen Propagandareden und Militärmärschen nichts Mitteilenswertes mehr gab. Indem man die Karl-Marx-Schule umgestaltete, vernichtete man zugleich die Arbeiterabiturientenkurse, durch die jungen Arbeitern die einzige Möglichkeit gegeben worden war, eine schmale Bresche in das Bildungsmonopol der Besitzenden zu legen. In einer Zeit, in der sich die besten Köpfe Deutschlands von Albert Einstein bis zu Thomas Mann zum Sozialismus bekannten, entfesselte Herr Rust einen Kulturkampf gegen den „Marxismus", mit dem der steigende politische Terror Hand in Hand ging. Beide vereinigten sich symptomatisch in dem Ueberfall auf eine staatliche Kunstschule in Berlin, bei dem nationalsozialistische Kunstschüler den Rücktritt mißliebiger Professoren erzwangen. Mit aller Offenheit wurde jetzt sogar der stets vom Bürgertum aller Schattierungen verteidigte Boden des Rechtsstaates verlassen. Herr Göring gab einen Schießerlaß an die Polizei heraus, in dem er erkennen ließ, daß er die Polizei decken werde, auch dann, wenn sie zu Unrecht gegen linksstehende Kreise von der Waffe Gebrauch machen werde. Mit aller Deutlichkeit wurde ein zweierlei Recht für Staatsfreunde und Staatsfeinde proklamiert. Der Uebergang zur nationalsozialistischen Diktatur, der durch die Einreihung von SA.-Mannschaften in die Hilfspolizei einiger Länder bereits in Erscheinung trat, war endgültig erfolgt, aber man wollte nach außen hin seine Sanktionierung durch die kommenden Reichstagswahlen erhalten, ja wenn es sein mußte, sie sogar erzwingen. Die Gegner des Marxismus hatten von Marx besser als seine Anhänger gelernt, daß der Staat ein Machtinstrument und das jeweils geltende Recht ein Machterzeugnis ist. Aber der Weg zur Macht war ihrem heißen Willen noch nicht rasch und sicher genug, und so erfolgte wenige Tage vor der Wahl die von Nationalsozialisten inszenierte Brandstiftung im Reichstag, die das Signal zur Inhaftierung aller kommunistischen Führer zu einer wilden Menschenjagd und zu Terrorwahlen wurde, bei denen die fälschlich der Brandstiftung beschuldigte und durch die Provinzpresse aller Schattierungen verfemte kommunistische Partei um mehr als eine Million Stimmen zugunsten der Nationalsozialisten geschwächt wurde, bei der die bürgerlichen Mittelparteien, darunter auch die einst durch den Mund ihres Ministerpräsidenten Held protestierende bayrische Volkspartei, geschwächt, ja zum Teil zerrieben wurden und bei denen die Nationalsozialisten von 11.7 Millionen Stimmen und 196 Mandaten im November 1932 auf 17.2 Millionen Stimmen und 288 Mandate, also um nahezu 44 Prozent, gestiegen waren. Mit welchen Mitteln freilich dieser Erfolg, demgegenüber sich nur die Sozialdemokraten behauptet hatten, erzielt worden war, ergab symptomatisch das Resultat von Nachprüfungen in Pommern und Ostpreußen, wo über 100 Prozent Stimmen abgegeben worden waren, also mehr Menschen als

Stimmberechtigte überhaupt vorhanden sind, gewählt haben mußten, was den zwingenden Schluß nahelegte, daß hier bestimmte Wählerschichten mit gefälschten Stimmscheinen zwei- bis dreimal gestimmt hatten. Hatte schon der zivile Ausnahmezustand, den man, um das Eingreifen militärischer Mächte in die nationalsozialistische Verfügungsgewalt auszuschließen, nach dem Reichstagsbrand verkündete, ausgereicht, um im Grunde jeden Widerstand zu brechen, so war das Wahlresultat mit seiner Mehrheit von 51 Prozent, die man durch den Willkürakt einer Ausschaltung der Kommunisten noch zu einer nahezu Zweidrittelmehrheit zu steigern vermochte, ein Erfolg, den die Nationalsozialisten sozusagen auf kaltem Wege erlangt hatten. Damit war auch in letzter Minute die Putschabsicht der SA. hinfällig geworden. Daß diese Absicht bestand, ging einwandfrei aus einem Befehl der Untergruppe Ost hervor, in dem es hieß:

Befehl.

Sonntag den 26. Feber 1933 beziehen die Standarten I, II, III, IV (folgen die genauen Standartenortangaben). Verhalten der Truppen erfordert größte Disziplin. Den in den Standartenorten liegenden SA.-Männern ist jeglicher Verkehr mit Außenstehenden zu untersagen. Einteilung der Wachen ist vorzunehmen. Urlaub wird, wenn die SA. im Quartier liegt, niemandem gewährt. Sturmweise geschieht das Herausziehen von Standarten. SA.-Uniform wird verpackt, in den Quartieren angezogen. Der Gegner darf auf keinen Fall etwas von der Aktion merken. Trotzdem eine Bewaffnung der SA. in den nächsten Tagen sicher, können Waffen, soweit vorhanden, mitgenommen werden.

Verpflegung ist bereitgestellt. Das Heranziehen der Sturmbataillone in der Nacht vom 5. zum 6. geschieht auf Schnellastwagen der Polizei, die uns zu diesem Zwecke zur Verfügung stehen.

Angehörigen der Partei ist nahezulegen, die Straßen unbedingt zu meiden, damit sie selber keiner Gefahr ausgesetzt werden. Die Nachrichten-Abteilung, Führer, stehen z. b. V. (zur besonderen Verwendung) beim Stab der Untergruppe, damit eine einwandfreie Gewähr für die Uebermittlung der Befehle gegeben ist.

Verhaltungsmaßregeln bei Besetzung der Stadt und einsetzenden Straßenkämpfen: Rücksichtsloser Waffengebrauch. Nähere Anweisungen durch Sturmführer.

Der Adjutant i. V.: Treta. — Der Führer der Untergruppe Ost: Oberführer Ernst.

Kam es also auch nicht zu diesem Putsch, so trat doch unter dem Eindruck des Wahlergebnisses ein Umschwung ein, den mit Recht Herr Göring als „nationalsozialistische Revolution" bezeichnen konnte. Die Regierungen in Hamburg, Bremen, Lübeck, Hessen, und kurz darauf auch in Bayern, traten zurück oder wurden abgesetzt. Auf den Rathäusern in Altona, Hamburg, Kassel, Karlsruhe, Mannheim, Essen und Chemnitz ging die Hakenkreuzfahne hoch, Berlin und die anderen Städte folgten, auch Länder, wie Württemberg, Baden und Sachsen, erhielten nationalsozialistische Kommissare. Der Erzberger-Attentäter Herr von Killinger wurde dabei Staatskommissar von Sachsen. Die Zahl der Morde vervielfachte

sich, allenthalben brach eine furchtbare Terrorwelle los, sozialistische Druckereien wurden zerstört, die Volkshäuser wurden gestürmt und besetzt und späterhin einem staunenden Publikum für Eintrittsgeld gezeigt, nachdem man zuvor eine ganze Fuhre von Klubsesseln, ja sogar teure Weine, Betten und Verhütungsmittel dorthin transportiert hatte, um die „Völlerei der roten Bonzen" nachdrücklichst zu dokumentieren. Einbrüche in die Privatwohnungen, Menschenjagden und Verschleppungen in die SA.-Kasernen, mitunter mit tödlichem Ausgang, und andere Begleiterscheinungen zeigten, daß eine Schrekkensherrschaft angebrochen war, die der Nationalsozialismus bei seiner Machtübernahme stets angekündigt hatte und zu der Herr Göring mit einer in Essen am 10. März gehaltenen Rede setzte: „Ich danke meinem Schöpfer, daß ich nicht weiß, was objektiv ist. Wenn sie sagen, da und dort sei einer abgeholt und mißhandelt worden, so kann man nur erwidern: ‚Wo gehobelt wird, fallen Späne.' Ruft nicht so viel von Gerechtigkeit, es könnte sonst eine Gerechtigkeit geben, die in den Sternen steht und nicht in Euren Paragraphen. Und wenn diese Gerechtigkeit leuchtet, ist Euer Ende gekommen. Man klagt über die Unterdrückung der Zeitungen, wundert Euch das, mich wundert nur, daß sie noch existieren. Lieber schieß ich ein paar mal zu kurz und zu weit, aber ich schieße wenigstens!" Im Zeichen dieser Gesinnung verliefen die wenigen Wochen bis zum Zusammentritt des Reichstages, dem ein Vorspiel in der Potsdamer Garnisonskirche voranging, an dem die Hohenzollernprinzen, der Reichspräsident und alle ausgegrabenen Herrlichkeiten des kaiserlichen Deutschland, zusammen mit den neuen Machthabern, freilich in Abwesenheit aller Vertreter des arbeitenden Volkes teilnahmen. Zu diesem Festakt erklangen die Glocken der Garnisonskirche nach der Melodie: „Ueb' immer Treu und Redlichkeit".

Die eigentliche Reichstagstagung verlief sehr kurz. Die etwa fünf Millionen kommunistischen Wähler und etwa 700.000 sozialdemokratischen Wähler waren bei dieser Tagung durch ihre Abgeordneten nicht vertreten, da die gesamte kommunistische Fraktion und 12 badische Abgeordnete der SPD. sich in Schutzhaft befanden. Man hat darüber gestritten, ob es unter diesen Umständen überhaupt angebracht war, daß sich die Sozialdemokraten an der im Grunde verfassungswidrigen Reichstagssitzung beteiligten. Von seiten des Zentrums, dessen Vertreter beschwörend in der Fraktionssitzung der Sozialdemokratie erschienen, wurde jeglicher oppositionellen Haltung widerraten. Daß unter diesen Umständen die verhältnismäßig kurze Erklärung des Fraktionsführers Otto Wels besonders gewertet werden muß, liegt auf der Hand. Sein Appell an das Rechtsbewußtsein und sein Gruß an die Verfolgten und Bedrängten verhallte freilich vor den mit Abgeordnetenausweisen versehenen SA.-Leuten, die in voller Bewaffnung Plätze und Gänge füllten und eher an Hilfspolizisten als an Volksvertreter erinnerten, ohne jegliches Echo. Herr Hitler ließ es in seiner Erwiderungsrede, die mehrfach von

Schallplatten im Rundfunk dem Volke vorgespielt wurde, an bissigen, höhnischen Worten nicht fehlen, die allerdings den mageren Eindruck seiner offiziellen Rede nicht verwischen konnten. Abgesehen davon, daß er die Stirn besaß, die Brandstiftung im Reichstag als ein hinrichtungswürdiges Verbrechen der Kommunisten darzustellen, erklärte er, es werde die Reichsreform erzwungen werden, die Gleichheit werde nur dem zugebilligt, der der Regierung seine Unterstützung nicht versage. Schließlich wurde in Görings Rede das Wort von zweierlei Recht, das nunmehr in Deutschland herrschen würde, erneut unterstrichen. Als Entgiftung des öffentlichen Lebens und moralische Sanierung von Theater, Film, Rundfunk und Presse bezeichnete er die von ihm angekündigten Maßnahmen. Dabei fielen Bemerkungen, wie etwa die, daß die Kunst „Ausdruck des aufkommenden Heroismus" zu sein habe. „Blut und Rache" stünden jetzt beherrschend im Vordergrund. Mit dem Bemerken schließlich, daß die stärkste Förderung der Privatinitiative und die Anerkennung des Privateigentums ihre wichtigste wirtschaftliche Aufgabe sei, legte die Regierung, trotz aller Reden nationalsozialistischer Führer auf Parteikundgebungen ein klares Bekenntnis zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung ab. Und zu was für einer Ordnung! — Die im Hinblick auf die Ernennung Dr. Schachts zum Reichsbankpräsidenten eingetretene Beunruhigung der Oeffentlichkeit versuchte Hitler allerdings durch die Erklärung zu beseitigen, daß Währungsexperimente nicht beabsichtigt seien. Damit würde zugleich allen weitergehenden Arbeitsbeschaffungsplänen das Todesurteil gesprochen worden sein, wenn nicht Zweifel in die Dauerhaftigkeit dieser Erklärung gesetzt werden könnten, die heute bereits ihre Grundlage in der verringerten Goldbasis der Währung, der verschlechterten Außenhandelsbilanz, den vermehrten staatlichen Aufwendungen, der Ungewißheit über die Stabilisierung des Staatshaushaltes und der Ausgabe von einer Milliarde Staatsschuldscheinen finden. Nach nichtssagenden Worten an die Adresse der Bauern und Arbeitslosen und einem Versprechen an den Mittelstand erfolgten in der Rede Hitlers gewundene Erklärungen über die Sozialpolitik und einige Bemerkungen zur Reparationsfrage, zur Außenpolitik, die besonders durch die freundlichen Worte an die Adresse Italiens eine bestimmte Färbung erhielten. Dem Reichstag wurde schließlich gnädigst zugestanden, daß man ihn von Zeit zu Zeit von den Maßnahmen der Regierung unterrichten werde. Alsdann durften, nachdem sie ihrer Abstimmungspflicht mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit genügt hatten, die Volksvertreter abtreten und es galt wieder, für sie wie in „der großen Zeit des Krieges" die Parole: Stillhalten, Durchhalten, Maulhalten!

Die nationalsozialistische Anhängerschaft wird sich aber, wenn die Spiele, seien es nun ein Fackelzug, Marxistenverfolgungen oder Judenhetzen, vorbei sind, fragen: Was wird aus der Verwirklichung unseres Programms? Daß Herr Hitler heute die notwendige Macht

besitzt, um es restlos durchführen zu können, daran zweifelt wohl niemand, nicht einmal er selbst.

Aber gerade, um sich dieser schwierigen Aufgabe mit Geschick zu unterziehen, hat man es vorläufig ängstlich vermieden, die heiklen wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den Vordergrund zu stellen und hat vor allem auf jenen Gebieten sich getummelt, die der Minister für die Versklavung der öffentlichen Meinung, der Volksaufklärer Herr Dr. Göbbels, dafür als besonders geeignet empfand. Dazu gehört nun freilich nicht gerade die Außenpolitik. Hieß es noch in dem nationalsozialistischen Programm, das wir im folgenden zum Gradmesser der Wirklichkeit zu machen gedenken, daß man den Zusammenschluß aller Deutschen zu einem Großdeutschland fordere, eine Forderung, die späterhin unzweideutig mit dem Wunsche einer Wiedereinverleibung Sudetendeutschlands, des Elsaß, der deutschsprachigen Teile Polens und der baltischen Länder kommentiert wurde, so ist dieselbe Zurückhaltung, die man gegenüber Südtirol, um der Freundschaft mit Mussolini willen, übte, auch einer realpolitischen Bescheidung auf den anderen Gebieten gewichen. Die im Punkt Zwei des sogenannten „unabänderlichen Programms" geforderte Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain war schon nach dem großen Wahlerfolg von 1930, wie sich aus den Reichstagsberatungen ergab, kein aktueller Gegenstand der nationalsozialistischen Wünsche mehr. In der Forderung nach völliger Aufhebung der Reparationen und dem gelegentlich geäußerten „bescheidenen" Wunsche nach Kolonien klingen diese alten Wünsche weiter noch an, aber man treibt faktisch die gleiche Verständigungspolitik wie früher, nur nicht mehr mit aufrichtigem Verständigungswillen, sondern mit der Geschicklichkeit des Händlers, der überall zu verhandeln und zu paktieren sucht, ohne aber irgendwo das Vertrauen zu endgültigem Abschluß zu erwecken. Dies gilt freilich nicht von den engen, vielleicht sogar auch ursprünglich finanziell untermauerten Beziehungen zum faschistischen Bruderstaat Italien. Man könnte in dieser Hinneigung eine antifranzösische Spitze erblicken, wenn man nicht annehmen müßte, daß Hitler, um Zugeständnisse zu erhalten, auch bereit wäre, das deutsche Schwert den westeuropäischen Ländern zur Ausrottung des Bolschewismus zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang sollen die allerdings nicht authentisch verbürgten Gespräche registriert werden, die kurz nach seiner Amtsübernahme Herr Göring mit dem französischen Botschafter Poncet gehabt haben soll, und in denen er, zur Wiedererlangung des polnischen Korridors, angeblich Polen die russische Ukraine anbieten wollte. Dieses freundliche Offert soll gleich dem Sowjetbotschafter zugeleitet worden sein, der sich gewiß wegen der Dispositionen des Herrn Göring über russisches Territorium bestimmt gefreut haben wird. Daß Hitlers Politik freilich nicht bolschewistenfreundlich sein kann, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß sie von dem baltischen Emigranten Herrn Alfred Rosenberg gemacht wird, der jetzt Chefredakteur des „Völkischen Beobachters" ist, und als Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP. voraussichtlich der kommende Außenminister des Dritten Reiches ist, falls nicht sein Mißerfolg in London ihm einen Strich durch die Rechnung gemacht hat.

Freilich hinderte die im Grunde antirussische Einstellung, welche, vielleicht nicht ganz ohne Beteiligung des englischen Oelmagnaten und angeblichen Hitler-Finanziers Deterding, auch bei einer Durchsuchung der deutsch-russischen Petroleumgesellschaft in Hamburg zum Ausdruck kam, in keiner Weise, daß man die alten deutsch-russischen Freundschaftsbeziehungen, um deren Begründung willen man einst Walter Rathenau gemordet hatte, in aller Form wieder fortsetzte. Der Abschluß neuer Abkommen mit Deutschland, die Nichtbeteiligung der Sowjetunion an irgend welchen Boykottmaßnahmen gegen jenen faschistischen Terror, dem Tausende von Kommunisten durch Quälereien, Verhaftungen und Erschießungen zum Opfer gefallen sind, die Abschließung gegenüber der deutschen Emigration, alles das zeigt im übrigen deutlich, daß die Sowjetunion lieber gewillt ist, gute Geschäfte zu machen, als die Rolle eines Schützers der Verfolgten zu übernehmen. Mit der Theorie, daß der Faschismus den Weg für den Kommunismus öffne und daß es besser sei, eine unvollkommene Demokratie mitzustürzen, selbst wenn man nichts besseres an ihre Stelle setzen kann, als das errungene Terrain verteidigen zu helfen, hat man demgegenüber in Deutschland die Fahne des Kommunismus vorangetragen. Hoffen die Kommunisten immer noch, daß Rußland, selbst wenn es wollte, in absehbarer Zeit eine andere, denn eine rein von russischen Selbsterhaltungsinteressen diktierte Wirtschaftspolitik machen wird? Das glaubt fürs erste auch Hitler nicht und so wird nach dem Osten hin, wie das auch aus Hitlers Aeußerungen gegenüber dem polnischen Gesandten hervorgeht fürs erste keine Wandlung eintreten.

Wie auf der anderen Seite die Aufrüstungsabsichten Deutschlands, die Schaffung einer bewaffneten braunen Armee und dazu unvergessene Aeußerungen Hitlers, wie diese: „Der unerbittliche Todfein Deutschlands ist und bleibt Frankreich..., dies an sich immer mehr der Vernegerung anheimfallende Volk, bedeutet in seiner Annäherung an die Ziele der jüdischen Weltbeherrschung eine dauernde Gefahr für den Bestand der weißen Rasse Europas", Frankreich dem Dritten Reiche günstig stimmen sollen, bleibt vorläufig noch das Privatgeheimnis des braunen Hauses. Hatte man auf England und Amerika gehofft, so haben die in Deutschland einsetzenden Judenverfolgungen in diesen beiden Ländern ein Echo gefunden, wie es der Nationalsozialismus wohl kaum erwartet hatte.

Auch zu Oesterreich haben sich die Beziehungen ganz anders gestaltet als man hoffte. Der österreichische Justizminister Schuschnigg erklärte, Oesterreich werde keine Kolonie Deutschlands sein. Der Heimwehrführer Starhemberg nannte die österreichischen Nationalsozialisten Hochverräter und die Regierung Dollfuß ver-

schärfte bis zum Aeußersten ihren Kurs gegenüber der Hitlerbewegung. Das alles, nachdem die Minister Göring und von Papen in Rom gewesen waren und gehofft haten, von dort eine Einwilligung zur Angliederung Oesterreichs heimzubringen. Italien aber gedachte, sie keineswegs zu erteilen, da ihm an einer solchen Ausdehnung der deutschen Machtsphäre nach dem Süden und der Donau zu nichts gelegen sein konnte. Man wird also eher konstatieren müssen, daß das Verhältnis zu Italien leichter eine Trübung erfahren hat. Auch der Vatikan, dessen Zustimmung man aus innerpolitischen Gründen gerne, eventuell durch Abschluß eines Reichskonkordates erkauft hätte, verhält sich bisher sehr reserviert, obgleich die katholische Kirche ähnlich der evangelischen weitestgehend ihre „Gleichschaltung" bekundet und die Zentrumspartei unter Führung Brünings ebenso wie die christlichen Gewerkschaften sie durch Unterstellung unter die Führung Hitlers praktisch vollzogen haben. — Das Verhältnis zu den anderen europäischen Staaten ist keineswegs besonders gut, wozu insbesondere die engen Beziehungen zwischen Nationalsozialismus, diesseits und jenseits der Grenzen, so etwa im dänischen Schleswig und vor allem in den sudetendeutschen Teilen der Tschechoslowakischen Republik ihr Teil beitragen.

Mag selbst die „splendid isolation", in der sich Deutschland bereits nach wenigen Wochen Hitlerscher Staatskunst befindet, eines Tages besseren Möglichkeiten weichen, es wird ihm kaum die Möglichkeit gegeben sein, „in aller Ruhe diejenigen Vorbereitungen zu treffen, die im Rahmen einer sozialen Koalition (mit Italien und England) für eine Abrechnung mit Frankreich so oder so getroffen werden müssen."

In jedem Falle ist die europäische Kriegsgefahr seit den Anfängen des Dritten Reiches stärker geworden, als je zuvor seit dem Weltkriege und nur die Furcht, daß ein solches kriegerisches Abenteuer vielleicht die ungewünschtesten Konsequenzen für das Dritte Reich haben könnte, hemmt heute noch die außenpolitische Aktivität der Nationalsozialisten. Denn wenn Herr Hitler einmal erklärt hat: „Der Nationalsozialist hat keine Veranlassung, für den heutigen Staat auch nur einen Finger zu rühren", so wird er sich auch nicht wundern dürfen, wenn bei irgendwelchen kriegerischen Abenteuern die deutsche Arbeiterschaft gegenüber dem Dritten Reiche dieselbe Haltung einnähme, wie er sie einst gegenüber der Weimarer Republik für sich und seinesgleichen festgelegt hat. Es bleibt also als Fazit bestehen, daß die Verwirklichung irgendwelcher außenpolitischen Ziele der NSDAP. vorläufig noch nicht in Angriff genommen worden ist, daß aber das Mißtrauen des Auslandes und die wehrpolitische Schwächung Deutschlands durch die gewaltsame Niederhaltung von vielen Millionen Deutschen, die außenpolitische Manövrierfähigkeit des Dritten Reiches fürs erste auf ein Minimum reduziert haben. So ist wohl auch Hitlers Zustimmung zum „Viermächtepakt" und seine

sogenannte „Friedensrede" zu verstehen. Ein um so furchtbarer Schlag für die deutsche Arbeiterbewegung war deshalb die Zustimmung eines Teiles der Fraktion der SPD. zu dieser Rede, die trotz aller Schalmeienklänge von echt faschistischem Geist getragen war.

„Rassenkampf statt Klassenkampf" ist der Blitzableiter, den der Nationalsozialismus aufgerichtet hat, um die Funken des sozialen Ungewitters rechtzeitig abzufangen. Die darauf bezüglichen Punkte 4 bis 8 des Programmes einschließlich des Kampfes gegen die Presse sind ihrer Verwirklichung in der kurzen Zeit des Dritten Reiches bereits am nächsten gekommen. Man hat sich nicht damit begnügt, die Juden aus allen staatlichen und kommunalen Behörden systematisch zu vertreiben und dazu ein „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums zu erlassen, nach dessen § 3 alle Beamten, die nicht arischer Abstammung sind, in den Ruhestand versetzt werden. Wenn ein Teil der Großeltern jüdisch war, so ist die nicht arische Abstammung bereits gegeben. (Ludendorff hätte nie General werden können.) Man hat darüber hinaus jüdischen Anwälten die Ausübung des Notariates untersagt und ein preußischer Erlaß beschränkte sogar ursprünglich die Zahl der in Berlin tätigen 2400 jüdischen Rechtsanwälte auf 35. Später ist gnädigst gestattet worden, daß solche Anwälte, die im Kriege an der Front waren, oder durch den Krieg schwere Familienverluste erlitten haben, weiterhin tätig sein dürfen, soweit sie nicht „Marxisten" sind und Loyalitätserklärungen abgeben. Immerhin ist dadurch die Zahl der zugelassenen jüdischen Anwälte außerordentlich verringert worden. In Berlin sind zunächst von etwa 2500 jüdischen Anwälten rund 190 zugelassen worden. Deutschlands bedeutendster Rechtsanwalt, der Prof. Alsberg, soll vor deutschen Gerichten nicht mehr plädieren dürfen. Was für die jüdischen Juristen galt, galt auch für die jüdischen Mediziner. Daß ein Ehrlich das Salvarsan erfunden und die chirurgische Kunst eines Israel unzähligen Menschen das Leben gerettet hatte, daß der Name jüdischer Aerzte in Deutschland einen Klang weit über die Grenzen hinaus besaß, das alles wurde nicht anerkannt, und der nationalsozialistische Aerztebund, in dessen Führung ein Halbitaliener, der jetzige Staatskommissar Lionardo Conti, die maßgebliche Führung hat, sprach den jüdischen Aerzten das Recht ab, an Krankenkassen tätig zu sein, und schnitt ihnen damit bei der heutigen Bedeutung der Krankenkassen buchstäblich den Lebensfaden ab. Jüdische Aerzte und Universitätsprofessoren von Weltrang, wie der Erfinder des Tuberkulose-Serums, Friedmann, die Professoren Zondeck und viele andere wurden ihres Amtes enthoben. Männer von Ehrgefühl, wie der Physiker Frank und Professor Haber, der Erfinder des künstlichen Stickstoffes, folgten ihnen freiwillig nach. An den Hochschulen wird der „Numerus clausus" eingeführt, den man allerdings für die Beteiligung am Weltkrieg, in dem 12.000 Juden gefallen sind, nicht gekannt hat. Nicht nur, daß also getaufte und ungetaufte Juden von der ärztlichen und juristischen Laufbahn fak-

tisch in der Zukunft ausgeschlossen sind, selbst das S t u d i u m dieser Wissenschaften wird ihnen in Zukunft verwehrt werden. Studierende jüdischer Herkunft sollen in Zukunft nur noch gemäß dem Anteil der Juden an der deutschen Bevölkerungsziffer, also in Stärke von 1.5 v. H. an den Universitäten zugelassen werden. Kinder von Juden, die nach 1914 eingebürgert sind, dürfen weder höhere Schulen, noch Hochschulen besuchen. Unter diesen Umständen konnte es auch nicht Wunder nehmen, daß ein neues Studentenrecht geschaffen wurde, in dem der Arierparagraph eine entscheidende Rolle spielt und an Stelle eines Selbstverwaltungsrechtes der Studierenden ein „Führerprinzip" der Nationalsozialisten eingeführt wird. Daß die deutsche Professorenschaft, die in demokratischen Zeiten ängstlich auf die Wahrung ihrer akademischen Unabhängigkeit bedacht war, die Massenentlassungen verdienter Gelehrter, bis auf wenige Ausnahmen, wie den Pädagogen Eduard Spranger, widerstandslos hinnahmen, wird für sie in der Geschichte des wissenschaftlichen Leben Deutschlands kein Ruhmesblatt werden. Dabei hätte sie allen Anlaß zum Eingreifen gehabt, hat man doch Hochschullehrer mit Namen von Weltruf, wie den Volkswirtschafter Prof. B o n n und den ökonomischen Theoretiker Prof. L e d e r e r, den Nobelpreisträger Albert E i n s t e i n, den geistvollen Juristen K e l s e n und viele andere von ihren Lehrstühlen vertrieben. Was für die Wissenschaft galt, galt in gleichem Maße für die Kunst. Jüdische Dozenten sind ebenso wie linksgerichtete Professoren aus den Akademien verschwunden. Ein Bruno W a l t e r, ein K l e m p e r e r, ein B r e c h e r, dürfen nicht mehr dirigieren, jüdische Sänger und Schauspieler mußten die Bühnen verlassen.

Aus großen Zeitungen, wie etwa aus dem unter der Leitung des einstigen Radikalrepublikaners Carl V e t t e r stehenden „Berliner Tageblatt" sind die jüdischen Redakteure entlassen worden. Der Reichsverband der deutschen Presse, der demnächst den Charakter einer offiziellen Korporation erhalten wird, nimmt jüdische Mitglieder nicht mehr auf und damit werden die Zeitungen in Deutschland „judenrein" sein, es sei denn, sie entschlössen sich dazu, einer Anregung der nationalsozialistischen Studentenschaft zu folgen und in hebräischer Sprache zu erscheinen. Aber man hat sich damit nicht begnügt. Man hat dafür gesorgt, daß aus den großen industriellen und kommerziellen Unternehmungen und Warenhäusern die jüdischen Inhaber ausscheiden mußten und ganz nach bolschewistischem Muster durch Kommissare ersetzt wurden. Das ging so weit, daß es jetzt z. B. schon in Gestalt des nationalsozialistischen Betriebszellenobmannes einen Kommissar beim Schuhwarengeschäft Leiser in Berlin gibt.

Aber auch vor persönlichen Verfolgungen angesehener Juden und ihrer entwürdigenden Behandlung vor der Oeffentlichkeit schreckte man nicht zurück. Mit Ausnahme des Musikers F u r t w ä n g l e r und des Mediziners S a u e r b r u c h, erhob sich keine

Stimme gegen diesen sinnlosen Terror und weite Kreise des deutschen Volkes nahmen Maßnahmen, die sich gegen einen mit ihnen oft seit Jahrhunderten durch Sprache, Kultur und Schicksal verbundenen Bevölkerungsteil richteten, mit einem Gleichmut auf, der fast noch schimpflicher ist als die Maßnahmen selbst. Allerdings war es den antisemitischen Hetzern, unter denen eine so zweifelhafte Persönlichkeit, wie der Herausgeber eines Nürnberger Skandalblättchens, Herr Julius Streicher, als Führer der Boykottbewegung obenan stand, gelungen, mit einer Theorie, die für Karnikel und Meerschweinchen richtig sein mag, deren Unzulänglichkeit aber jeder Wissenschaftler von Rang zugestehen wird, gelungen, eine Massenpsychose zu erzeugen, wie sie eigentlich in dieser Form nur das Mittelalter kannte. Dabei dürften weder Herr Hitler, den der alldeutsche Professor von Gruber als Exemplar einer schlechten Rassenmischung bezeichnet hatte, noch die selbst von Juden abstammenden völkischen Größen, wie in Sachsen Herr S t u d e n k o w s k i und in Kiel Herr D r. S a a l f e l d, die richtigen Träger einer solchen Rassentheorie sein. Nicht einmal Herr Dr. Göbbels kann von dem künftigen Rasseamt einen Stempel erhalten. Der Volksmund will wissen, daß dieser keltisch-romanische Rheinländer, dessen Name in Wallonien häufiger anzutreffen ist als bei uns, ein Gesicht habe, das er als Eintrittskarte für sämtliche jüdischen Gebethäuser Deutschlands vorweisen könnte.

Seinen sichtbarsten Ausdruck fand der Judenhaß in den Boykottmaßnahmen, die allerdings nur einen Tag dauerten, die aber der Wirtschaft eines Landes, dessen Hamburg-Amerika-Linie einem Ballin und dessen AEG. einem Emil Rathenau zu verdanken waren, einen Schaden zufügten, der nach offiziellen Zeitungsberichten sich folgendermaßen gestaltete:

„Vor allen jüdischen Geschäften und vor den Häusern, in denen jüdische Rechtsanwälte, Aerzte wohnen, hatten SA.- und SS.-Leute Aufstellung genommen, die das Publikum vor dem Besuch dieser Geschäfte warnten. Verschiedentlich wurden Käufer photographiert. Von den größten boykottierten Warenhäusern hatte in Berlin nur eines geöffnet, vor dem sich aber bald eine riesige Menschenmenge ansammelte, die die wenigen Käufer mit Pfuirufen überschüttete, so daß die Mehrzahl dieser Käufer Abstand nahm, das Geschäft zu betreten. Ueberhaupt soll die Mitwirkung der Bevölkerung in der Reichshauptstadt am Boykott außerordentlich groß gewesen sein. Während es in den offiziellen Kundgebungen hieß, daß eventuelle Käufer nur „aufmerksam" gemacht werden sollten, aber niemand auch nur ein Haar gekrümmt werden dürfe, waren heute in den Auslagen der boykottierten Geschäfte Plakate angeklebt, die ausdrücklich das Betreten der Geschäfte verboten. Da daraufhin niemand einzukaufen wagte, wurden die Geschäfte nach und nach von den Inhabern selbst geschlossen."

Mit diesem Boykott, der den Judenhaß so steigerte, daß vor allem

aus dieser Pogromstimmung heraus Ueberfälle, wie die auf die Berliner Theaterdirektoren Gebrüder Rotter in Liechtenstein, erst voll verständlich werden, brachte man aber nicht nur einen Teil der besser gesinnten Bevölkerung des eigenen Landes und vor allem des Auslandes, wie aus den Parlamentsdebatten und spontanen Gegenboykottbewegungen verschiedener Länder ersichtlich wurde, gegen sich auf, sondern man griff damit in wirtschaftliche Verhältnisse so stark ein, daß selbst Herr Streicher erklären mußte, er habe als Leiter der Boykottbewegung tiefsten Eindruck von der „internationalen Verfilzung des Judentums" gewonnen. Wenn der Boykott wochenlang durchgeführt werden müßte, so würden eben infolge dieser Verfilzung ungeahnte wirtschaftliche Folgen zu gewärtigen sein. Mit anderen Worten, man begann zu begreifen, daß, wenn man das kapitalistische System aufrechterhalten will, man nicht gegen Faktoren dieses gleichen Systems Sturm laufen kann. Das ungewöhnliche Echo, das gerade der Judenboykott, der ja deswegen auf einen Tag beschränkt werden mußte — wiewohl er inoffiziell gewiß noch einige Zeit nachhalten wird — in der Welt erweckte, war ja nicht nur einem menschlich achtenswerten Mitgefühl für die betroffenen Juden, sondern auch dem Empfinden zu danken, daß diese Vergewaltigung der Wirtschaftsunternehmungen eine Art „Bolschewismus von rechts" darstelle. Darin dürfte sich die Welt nicht getäuscht haben. Die Sage von der Heiligkeit des Privateigentums hat psychologisch in Deutschland einen kräftigen Stoß erhalten.

An solchen Punkten wird überhaupt die ganze Problematik des nationalsozialistischen Wirtschafts- und Sozialprogrammes ersichtlich. In dem „unabänderlichen Programm" wird die Abschaffung des Arbeits- und mühelosen Einkommens, die restlose Einziehung aller Kriegsgewinne, die Verstaatlichung aller bisher bereits vergesellschafteten Betriebe (Trusts), die Gewinnbeteiligung an Großbetrieben, ein großzügiger Ausbau der Altersversorgung und die sofortige Kommunalisierung der Warenhäuser gefordert. Dr. Göbbels hat gelegentlich erklärt, daß Verkehrswesen, Trusts, Konzerne, bei denen nicht mehr Erfindung, Unternehmungsgeist und Begabung erforderlich seien, wieder in den Besitz des Staates überführt werden sollten. Klang das sehr nach jener sozialistischen Lesart des Nationalsozialismus, wie sie vor allem auch von dem Flügel um Gregor Strasser und Reventlow vertreten wurde, so steht dem gegenüber eine Erklärung Hitlers bereits aus dem Jahre 1923, in der er die Leugnung des Privateigentums als eine „ungeheuerliche" Theorie des Marxismus bezeichnet hat. Die Enteignung des Grundbesitzes wurde demgemäß auch entgegen der Forderung des angeblich „unabänderlichen" Programmes bereits nach wenigen Monaten beschränkt auf den sogenannten jüdischen Großgrundbesitz, den es in Ostelbien so gut wie gar nicht gibt. Am deutlichsten wurde die fragwürdige Einstellung des Nationalsozialismus in einer Unterredung mit Gregor Strassers abtrünnigem Bruder, Otto Strasser, in der es wörtlich hieß:

Hitler: „Mit welchem Recht verlangen diese Leute Anteil am Besitz oder gar an der Leitung? Herr Amann (Geschäftsleiter des Braunen Hauses), würden Sie es sich gefallen lassen, wenn plötzlich Ihre Stenotypistinnen Ihnen dreinreden würden? Der Unternehmer, der die Verantwortung für die Produktion trägt, der schafft auch den Arbeitern Brot. Gerade unserem Großunternehmer kommt es nicht auf Zusammenraffen von Geld an, auf Wohlleben usw., sondern denen ist die Verantwortung und die Macht das Wichtigste. Sie haben sich auf Grund ihrer Tüchtigkeit an die Spitze gearbeitet und auf Grund dieser Auslese, die wiederum nur die höhere Rasse beweist, haben sie ein Recht, zu führen."

und dann weiter:

Hitler: „Der Ausdruck Sozialismus ist an sich schlecht, aber vor allem heißt das nicht, daß die Betriebe sozialisiert werden müssen, sondern nur, daß sie sozialisiert werden können, nämlich wenn sie gegen das Interesse der Nation verstoßen. Solange sie das nicht tun, wäre es einfach ein Verbrechen, die Wirtschaft zu zerstören." Außerdem habe man ein Vorbild, das man ohne weiteres annehmen könne, den faschistischen Korporativstaat. Verantwortung nach oben, Herr nach unten!

Strasser: „Also, Herr im Haus?"

Hitler: „Dieses System ist durchaus richtig und es kann gar kein anderes geben. Nur fehlt dem heutigen System eben jene letzte Verantwortlichkeit gegenüber der Nation. Mitbesitz und also Mitbestimmung der Arbeiter, das ist ja eben Marxismus, während ich nur dem von einer höheren Schicht geleiteten Staat das Recht dieser Einflußnahme gebe."

In diesen Sätzen enthüllt der Nationalsozialismus mit einer seltenen Klarheit sein Gesicht. Wer, wie Hitler erklärt hatte, „die große Masse der Arbeiter will nichts anderes als Brot und Spiele, die hat kein Verständnis für irgendwelche Ideale" und wer, wie er weiterhin offen zugab: „Wir wollen eine Auswahl der neuen Herrenschicht..., die sich darüber klar ist, daß sie auf Grund ihrer besseren Rasse das Recht hat zu herrschen und die diese Herrschaft über die breite Masse rücksichtslos aufrecht erhält und sie sichert", der ist nie und nimmer ein Sozialist, sondern ein Faschist von brutalerer Art als Mussolini und seine Bewegung. So kann es auch nicht Wunder nehmen, daß alles das, was bisher auf wirtschaftlichem Gebiete versucht worden ist, nichts mit Sozialismus, sehr viel aber mit Faschismus zu tun hat, wobei von vornherein festgestellt werden muß, daß die Zugehörigkeit zur rassischen Herrenschicht durch das Parteibuch der Nationalsozialisten dokumentiert wird. So sieht der angebliche Kampf gegen ein Parteibuchbeamtensystem aus, das man jetzt in viel krasserer Form als es je zuvor der Fall war, ins Leben gerufen hat, ja dieses Parteibuchbeamtensystem greift auf die Wirtschaft über.

Die sogenannte „Gleichschaltung" der Wirtschaft ist ja nichts anderes als das Bestreben, all jene Gruppen und Verbände, die früher unter dem Namen „Die Wirtschaft" den jeweiligen Regierungen viel zu schaffen machten, unter die eigene Oberherrschaft zu stellen. Beim „Reichsverband der deutschen Industrie" fing es an, bei den großen Industrieverbänden, in der Leitung der „Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, in die der Kampfbund des

gewerblichen Mittelstandes zentral und örtlich siegreichen Einzug hielt, setzte er sich fort und hörte bei den kleinsten Verbänden, wo diese „Gleichschaltung" schon nahezu ein groteskes Gesicht anzunehmen begann, etwa beim Damenputzeinzelhandel und bei den Gläubigerschutzverbänden auf. Ja sogar bei einzelnen Privatunternehmungen größerer und kleinerer Art konnte man, wie anläßlich der Erörterung des Judenboykotts bereits erwähnt, den Rücktritt der bisherigen Geschäftsleitung zugunsten von Nationalsozialisten feststellen.

So wurden nicht nur die staatlichen, sondern auch die privaten Futterkrippen geöffnet. Was es dagegen mit der Hilfe für die Bauern auf sich hatte, für die man einst eine weitestgehende Bodenreform forderte, das konnte man am deutlichsten erkennen, als Herr Hugenberg, dem Hitler das Landwirtschaftsministerium überliefert hatte, zum Kommissar für Siedlungsfragen den ostpreußischen Junker Freiherrn von G a y l, den erprobten Vertreter großagrarischer Interessen im preußischen Staatsrat, berief. Man wird sich also, mangels anderer Maßnahmen, durch eine entsprechende Schutzpolitik weiterhin auf dem Wege einer Autarkie bewegen, die angeblich den Bauern schützen soll, in Wahrheit aber durch die Verschlechterung der Exportmöglichkeiten (wer nicht Lebensmittel importiert, kann auch kaum Industrieprodukte exportieren) den Arbeiter so der Kaufkraft beraubt, daß die zu drei Viertel industrielle und kommerzielle Bevölkerung Deutschlands kein kaufkräftiger Abnehmer der Landwirtschaft bleibt. Aber die Bauern hatten vor allem auch infolge ihrer Verschuldung große Hoffnungen auf das sogenannte „Herzstück", die „stählerne Achse" des nationalsozialistischen Programms, auf Herrn G o t t f r i e d F e d e r s famose „Brechung der Zinsknechtschaft" gesetzt. Gerade um diesen Punkt ist es recht still geworden und Herr S c h a c h t, der bereits die hohen Hoffnungen auf staatliche Arbeitsbeschaffung durch den Hinweis auf die damit zusammenhängende Kostenfrage schwer enttäuscht haben dürfte, wird zwar möglicherweise kleinen Währungsmanipulationen nicht ganz abhold sein. Aber über die Brechung der Zinsknechtschaft wird auch er gewißlich mit einem Achselzucken hinweggehen, es sei denn, daß die Regierung es fertig bringt, ihre Diskontherabsetzungen oder Ermäßigungen des Haus- und Hypothekenzinses, sowie die von der Osthilfe her zu einer bedenklichen Berühmtheit gelangte Umschuldungsaktion der Großagrarier, die jetzt eine Ausweitung auf ganz Deutschland erfahren hat, als etwas derartiges zu bezeichnen.

Freilich wurde in der Oeffentlichkeit viel von angeblichen Maßnahmen gegen den Großgrundbesitz gesprochen. Diese Gerüchte erhielten durch die Verfolgung einiger prominenter agrarischer Führer, wie des Grafen Kalkreuth und des ehemaligen Ernährunngsministers Schiele, der wie viele andere dem neuen Regime unbequeme Politiker kurzerhand unter absurdesten Beschuldigungen in

Schutzhaft genommen wurde, neue Nahrung. Aber nachdem sich der Sieg des Nationalsozialismus reibungslos vollzogen hatte, glaubte man offenbar fürs erste von solchen auf die breite Masse wirkenden Maßnahmen absehen zu können, und so erwies sich auch die laut angekündigte Rede Hitlers am 1. Mai, sein angeblicher „großer Plan", als nichts anderes denn ein großer Bluff, der auf der meisterhaft inszenierten Riesenkundgebung auf dem Tempelhofer Felde in Berlin zwischen Militärmusik und riesenhaften Feuerwerken ohne kritisches Echo vorgetragen wurde. Was versprach Hitler? Nichts anderes, als was sämtliche Kanzler vor ihm in Aussicht genommen hatten, Beschäftigungssurrogate im Straßenbau und bei den Hausreparaturen, dazu eine Zinsverbilligung und im übrigen die längst als ein kostspieliges Experiment bewiesene Arbeitsdienstpflicht, die allerdings wohl auch weniger wirtschaftlichen als politisch militärischen Zwecken dienen soll. Das Wesen der Arbeitsdienstpflicht geht aus einer offiziösen Meldung hervor, die folgendes besagt: „Die Arbeitsdienstpflichtigen werden mit Uniform, Leder- und Schuhzeug, sowie Wäsche versehen werden, die ersten dreihunderttausend Uniformen sind bereits in Auftrag gegeben worden. Die Ausbildung der Arbeitsdienstpflichtigen soll außer sechs Stunden täglicher produktiver Arbeit noch etwa drei Stunden geistiger und körperlicher Schulung umfassen. Es wird eine gewisse Verbindung zwischen Arbeitsdienst und Jugendertüchtigung angestrebt." Zu deutsch: Man will eine Art militärischer Jugendvorbereitung auch durch dieses Heer, das von 300.000 auf 700.000 in späteren Jahren gesteigert werden soll, herbeiführen. Außer den schätzungsweise 50.000 politisch „Verdächtigen", die sich seit Ausbruch der glorreichen „nationalen Revolution" hinter Stacheldraht befinden, hat man jetzt im Arbeitsdienst eine neue Einberufungsmöglichkeit für mißliebige Jugendliche gefunden, und es häuft sich bereits die Zahl derer, die lieber die deutschen Grenzen verlassen, als Arbeitsdienstsklaven zu sein. Die neuerdings bekanntgegebenen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung zeigen, daß man 400.000 Menschen zu Arbeitslosensätzen beschäftigen will. Dieser Einbruch ins Tarifrecht soll durch eine mittags verabreichte Bettelsuppe und die monatlichen Bezugsscheine für Textilien usw. schmackhaft gemacht werden. Auf der andern Seite erhalten die Unternehmer Steuergeschenke für Maschinenanschaffung und einen Pardon für Hinterziehung der Steuergelder. Als wirtschaftspolitisches Kuriosum sei die Ehestandsbeihilfe von 1000 Mark für solche Frauen, die dafür ihre Arbeitsstellen aufgeben, erwähnt.

Wie es wirklich um den sozialen Geist der Hitlerrede bestellt war, zeigte bereits der 2. Mai, an dem Hitler das Wort: „Wir wollen die deutschen Menschen wieder zueinander bringen, und wenn sie nicht wollen, sie z u e i n a n d e r z w i n g e n" zur bitteren Wirklichkeit werden ließ. Den Gewerkschaften hatte es nichts geholfen, daß sie zu einer Beteiligung an der Maifeier aufriefen, für die typischerweise obendrein durch die nationalsozialistischen Betriebszellen ein

Teilnahmezwang, ja teilweise sogar der Zwang ausgeübt wurde, Hakenkreuz und Gewerkschaftsabzeichen gemeinsam zu tragen. Auch daß in der Gewerkschaftspresse und in bürgerlichen Blättern einige schon stets etwas nationalistisch eingestellte jüngere Gewerkschaftssekretäre, das mit Geschick und Eleganz zu verbrennen suchten, was sie bisher angebetet hatten, half nichts. „Schlagartig", wie es in dem offiziellen Bericht des Leiters eines „Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit", jenes von seinem Ueberfall auf den Abgeordneten Wels und durch einige Geldaffären übel berüchtigten Dr. Ley hieß, wurden am 2. Mai sämtliche Gewerkschaftshäuser, Wirtschaftsorganisationen, Arbeiterbanken usw. besetzt. Ueber 50 Funktionäre wurden verhaftet, darunter die 28 Vorsitzenden der angeschlossenen Verbände. Auch die gesamte Gewerkschaftspresse wurde der Leitung der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation unterstellt, oder klarer gesagt, von ihr gestohlen. Die Freien Gewerkschaften haben damit aufgehört zu existieren, und eine ruhmreiche Geschichte von Jahrzehnten hat fürs erste einen jähen Abschluß gefunden. In den besten Zeiten zählten sie bis zu 8 Millionen Mitgliedern und zuletzt immer noch, trotz der großen Krise, mehr als etwa 4 Millionen. Der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund", zugleich mit dem „Afa"-Bund (Allgemeiner Freier Angestelltenbund), der kurz nach dem Rücktritt seines Vorsitzenden Aufhäuser sich aufgelöst hatte, und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, hatte entscheidend daran mitgearbeitet, daß, trotz Krieg und Niederlage, Deutschland sozialpolitisch der bestorganisierte und daher auch von seinem Unternehmertum der bestgehaßte Staat wurde. Die sozialen Aufwendungen waren von 1½ Milliarden in der Vorkriegszeit auf 8½ Milliarden Mark in der Nachkriegszeit kurz vor Ausbruch der Krise gestiegen. Mit mehr als 16 Millionen Versicherten hatte man in Deutschland die größte Arbeitslosenversicherung der Welt geschaffen. Alters-, Unfalls- und Invalidenversicherung wurden weitestgehend ausgebaut. Schlichtungswesen und Arbeitsgerichtsbarkeit wurden zum Schutze der Arbeitnehmer geschaffen, die soziale Hygiene senkte die Säuglingssterblichkeit und besserte die Volksgesundheit. Der Lohn des deutschen Arbeiters, insbesondere des ungelernten lag bis zum Ausbruch der alles vernichtenden Krise weit über dem Niveau der Vorkriegszeit. Die Gewerkschaften beteiligten sich an der Förderung des Arbeitersports und der Arbeiterbildung teilweise durch die Errichtung vorbildlicher eigener Schulen, so vor allem der Bundesschule in Bernau.

Aber diese weitgehende sozialpolitische Wirksamkeit, die von den Gewerkschaften zusammen mit der sozialdemokratischen Partei durchgeführt wurde, hatte auch ihre Schattenseiten. Die Gewerkschaften, an sich schon als Instrument des sozialen Kampfes innerhalb der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung, wenig von revolutionärem Aenderungswillen beseelt, nahmen immer mehr den Charakter eines großen Verwaltungsapparates an und ihre Bürokratie zwang der Sozialdemokratie häufig, so etwa bei dem Berliner Verkehrsstreik im Winter 1932, ein Verhalten auf, das weniger von allgemein politischen als von speziellen verbandspolitischen Erwägungen diktiert war. Sie nährten auch jene „Wirtschaftsdemokratie" genannte Illusion, als ob die Quantität der Sozialpolitik in die Qualität des Sozialismus umschlagen könnte. Der Historiker wird auch um die Feststellung nicht herum können, daß dieselben Gewerkschaften, die seinerzeit durch ihre Intransingenz den Sturz des Kabinetts Hermann Müller in einem denkbar unglücklichen Augenblick herbeigeführt hatten, später unter ständiger Berufung auf die Streikbruchgefahr des Millionenheeres von Arbeitslosen jegliche aktive Abwehrmaßnahme gegen den Faschismus abgelehnt haben und daß insbesondere der Gewerkschaftsvorsitzende Theodor Leipart weder am 20. Juli, noch auch rechtzeitig nach der Machtergreifung Hitlers jenen wirtschaftlichen Entscheidungskampf zu wagen bereit war, der gewiß höchst unsichere Chancen hatte, aber doch schon um der ferneren Zukunft willen besser gewesen wäre, als dieses ruhmlose Ende, das allerdings wenigstens die deutsche Arbeiterschaft vor mißglückten Gleichschaltungsversuchen bewahrte.

Die christlichen und die demokratischen Gewerkschaften waren viel weiter gegangen als die „Freien Gewerkschaften" und hatten sich völlig unterworfen. Das Zentrum unter Brünings Führung marschierte völlig mit. So war der letzte Widerstand ausgeschaltet, der noch der Errichtung eines faschistischen Standesstaates im Wege war. Durch die Schaffung einer Einheitsgewerkschaft, einer sogenannten „Arbeiterfront", wird man sich jenen Unterbau bereiten, auf dem das neue faschistische Wirtschaftsgebäude errichtet werden soll, dessen Konturen bereits aus der Schaffung der Reichsstände des Handwerks und des Handels deutlich ablesbar sind. Der Reichsstand des deutschen Handels beispielsweise, der in einer Vollversammlung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels am 5. Mai ins Leben gerufen wurde, umfaßt den Einzelhandel, den Großhandel, den Hausierhandel und die Handelsvertreter. Ihm gehören aber auch die Arbeitnehmer all dieser Erwerbszweige an und unter Führung des früheren nationalsozialistischen Jugendleiters, Dr. von Renteln, stellt er sich die Aufgabe der Vereinheitlichung der beruflichen Organisation des Handels, der Vorarbeiten bei der berufsständischen Verfassung des deutschen Handels und der standes- und staatspolitischen Erziehung im Geiste der „nationalen Erhebung". Damit ist also deutlich die Linie aufgewiesen, auf der man vorzugehen denkt.

Dr. Göbbels hat gelegentlich erklärt: An der Stelle des Parteiparlaments der Demokratie steht das Wirtschaftsparlament des neuen deutschen Staates. „Bei der Wahl schichtet sich das Volk nicht nach parlamentarisch demokratischen Parteien, sondern nach

den großen Berufsständen innerhalb der Volksgemeinschaft. Der bis ins kleinste organisierte Berufsstand bietet die Gewähr dafür, daß jedem schaffenden Deutschen das Recht zuteil wird, auf das er Kraft seines Willens, seiner Leistung und seiner Verantwortlichkeit im Staate Anspruch hat."

So wird der Korporativstaat, das ständische Staatswesen des Dritten Reiches, ähnlich dem italienischen Vorbild, entstehen. Schon hat man den Reichswirtschaftsrat, der dem Ständeideal gegenüber mit der Treue einer Roentgenaufnahme den Klassenkampfcharakter eines lediglich von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestimmten Parlamentes enthüllt, nach dem Ermessen des Herrn Hugenberg umgebaut. Nicht lange wird es also dauern und man wird an seiner Stelle den Neubau errichten, der die Fiktion einer Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter Leitung eines starken unabhängigen Staates abgeben soll. Da aber in diesem Staate, wie Hitler in dem Gespräch mit Otto Strasser offenherzig zugegeben hat, die höhere, das heißt die ökonomisch und sozial erfolgreichere Schicht ausschlaggebend sein soll, so werden Staat und Arbeitgebertum an Stelle der Demokratie, die eine Herrschaft der Volksmassen zuläßt, eine Aristokratie setzen, die zwar nicht eine wirkliche Herrschaft der Besten darstellen wird, wohl aber eine Herrschaft, wie sie sich der Nationalsozialismus und das kapitalistische System nur wünschen können, nämlich eine Herrschaft der von ihnen Bestgestellten. Unter diesem Gesichtspunkt eines faschistischen Obrigkeitsstaates muß auch die von manchen Seiten freundlich begrüßte Reichsreform gesehen werden, durch die den Länderparlamenten und Länderregierungen jegliche wirkliche Selbständigkeit genommen wird, und Statthalter von Hitlers Gnaden, eine Fülle von faschistischen Landvögten, eingesetzt werden. Man lese ihre Namen, und wer sie kennt, weiß, was er von ihnen zu erwarten hat. Als Reichsstatthalter, durch die die Selbständigkeit der Länderregierungen und der Länderparlamente nahezu illusorisch gemacht wird, sind bisher ernannt worden: Für Bayern: General von Epp, für Württemberg: Staatspräsident Murr, für Baden: Staatspräsident Wagner, für Sachsen: Gauleiter Mutschmann, für Hessen: Gauleiter Sprenger, für Bremen und Oldenburg: Ministerpräsident Röver, für Anhalt und Braunschweig: Gauleiter Löper und für Thüringen: Ministerpräsident Saukel, alles bisher mehr oder weniger unbekannte Größen, die die Staatsämter, die sie bisher schon haben und die Statthalterposten, die sie nun erhalten, lediglich ihrem nationalsozialistischen „Parteibuch" verdanken.

Was also im Werden ist, ist nicht, wie man uns glauben machen will, eine neue Gliederung des Volkes. Im Werden ist die große Kaserne Deutschland, in der alles nach dem Willen des Kommandeurs Hitler oder besser gesagt, seines Parteistabes, exerziert.

Nur keine Illusionen! Wer glaubte, daß durch eine stärkere nationale Wendung der Arbeiterbewegung mehr als die Schreibtische

und die Büroräume erhalten werden konnten, der irrte sich. Ebenso irren alle, die glauben, daß es heute noch sinnvoll sei, im alten Trott der Parteigespanne weiterzufahren, wenn der Weg auch ein Holzweg wird und kein Mensch in den Karren mehr einsteigen will. Worauf es ankommt, ist, daß eine von Grund auf neue Arbeiterbewegung, zusammen mit Angestellten und Kleinbauern als Opposition in den ständischen Organisationen, in den Werkstätten, in den Kontoren und in den Kaders der Arbeitsdienstpflichtarmee langsam die Enttäuschten zu neuer Arbeit gewinnt. Das Ziel kann dann nicht ein Zurück zur Weimarer Republik sein, deren psychologische und rechtliche Grundlage und deren soziologischer Unterbau in den Parteien weitestgehend zerstört ist. Auf die Diktatur des Obrigkeitsstaates kann nur die Diktatur des Volksstaates folgen. Ein wirklicher Volksstaat kann nicht mehr in dem Liberalismus einer formalen Demokratie sich erschöpfen, er muß das Gesicht der arbeitenden Klassen tragen. Ohne jener Elitetheorie recht geben zu wollen, die von dem Franzosen Georges Sorel gepredigt, von Mussolini und Lenin angewandt und von Hitler durch seine Idee einer Rassenelite entstellt wurde, wird man sich doch darüber klar sein müssen, daß es gilt, an die Stelle schwerfälliger Parteiorganisationen einen beweglichen Stamm von wirklich lebendigen jungen Kräften zu setzen, der die Initiative des revolutionären Handelns übernimmt.

Nur keine Illusionen! Man glaube nicht, daß in einem Zeitalter, in dem die Eroberung des Staatsapparates den Sieger weitestgehende technische Mittel an die Hand gibt, um sich, selbst bei einer kritischen wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie zu erwarten ist, kraftvoll zu behaupten, es möglich sei, durch Einzelmaßnahmen und Revolutionsspielereien etwas zu erreichen. Auch baue man nicht zu sehr auf außenpolitische Verwicklungen, die ein neues Bild ergeben könnten. Am allerfalschesten wäre es freilich, heute noch auf Konflikte zwischen Nationalsozialisten, Stahlhelm und Reichswehr zu setzen. Erst wenn die Enttäuschung in den eigenen und getreuesten Reihen des Nationalsozialismus eingetreten ist, erst wenn der deutsche Untertan in der Schule der Diktatur den Segen jener Freiheit schätzen gelernt hat, nach der er sich heute nicht einmal sehnt, ja die er als liberalistisches Ueberbleibsel bekämpft, erst dann ist der Augenblick für eine Opposition gekommen.

Wie lange dieser Zeitraum in unserer kurzlebigen Geschichte dauert, ob Jahre oder länger, weiß keiner. Der deutsche Hochkapitalismus hat noch einmal den Sozialismus zu schlagen vermocht, weil der Sozialismus uneinig und unbeweglich war, weil ihm Machtwille und Phantasie fehlten. Worauf es psychologisch in Deutschland ankommt, ist, daß die Massen verstehen lernen, daß Disziplin

und Organisation allein nichts sind, wenn der Geist der Selbstverwaltung fehlt. Und warum fehlt in diesem Volk, das von Goethe bis Nietzsche seine Kritiker gefunden hat, dieser Geist? Weil wir zwar von Gemeinschaft reden und vor dem Respekt vor den großen Persönlichkeiten, weil aber die einfachste Voraussetzung eines gesunden sozialen Zusammenlebens bei uns fehlt: Die Achtung vor der fremden Persönlichkeit!

Wäre es sonst möglich gewesen, daß widerspruchslos alle Andersdenkenden nicht nur aus den Staatsämtern, sondern auch aus der Leitung wirtschaftlicher Organisationen und von den Lehrkanzeln entfernt werden, daß Juden, lediglich ihrer Abkunft wegen minderberechtigt sind, daß sie weder Aerzte, Anwälte, Richter, Staatsbeamte, ja auch nur Steuerberater zu werden vermögen. Indem man ihnen zahlreiche Berufe verschließt, sie für unwürdig erklärt, eine Reihe bürgerlicher Ehrenämter zu bekleiden, ihnen, wie in Breslau, sogar durch Aberkennung des Paßrechtes die Freizügigkeit nimmt, versetzt man sie nicht einmal in die Lage einer nationalen Minderheit, sondern jener Untertanen von Kolonialstaaten, die keine vollen Bürger sind. Auch das, was auf geistigem Gebiete vor sich gegangen ist, der Hinauswurf bekannter Dichter und Künstler aus den Akademien und ihr Ersatz durch talentlose Konjunkturritter, die öffentliche Verbrennung literarisch wertvoller Schriften in einem mittelalterlichen Autodafé auf dem Berliner Opernplatz, dem Werke von Heinrich und Thomas Mann, von Remarque, von Schnitzler, Toller, Zweig, Barbusse, Brecht, Döblin, Hašek, Hasenclever, Plivier, Ehrenburg, Feuchtwanger, aber auch wissenschaftliche Schriften, wie die von Bebel, Hilferding, Lenin, Otto Bauer, Lassalle, Karl Marx, und selbst „Deutschlands republikanische Reichsverfassung" von Hugo Preuß und Walter Rathenaus „Der neue Staat" in symbolischer Folgerichtigkeit zum Opfer gefallen sind, sprechen mit Deutlichkeit die gleiche Sprache der Unvernunft und Unkultur. Aehnlich derartigen Autodafés erinnern die Verfolgungen Andersdenkender und die schamlosen und geradezu sadistischen Greueltaten, denen ebenso namhafte politische Persönlichkeiten, wie auch vor allem kleine harmlose Funktionäre zum Opfer fielen, an Zeiten, die der Fortschrittglauben für Europa längst vergangen wähnte.

Vorläufig kann kein Zweifel darüber bestehen, daß unter dem Druck der Gewalt eine Volksstimmung vorherrscht, die den Schatten übersieht und die hypnotisiert auf den Glanz einer falschen Sonne starrt. Trotz der Mairede Hitlers erwarten viele den Anbruch eines neuen, eines „deutschen" Sozialismus. Mag sein, daß trotz seiner prinzipiell andersartigen Grundeinstellung Hitler bei steigender Not Verstaatlichung und Planung in weiterem Umfange fördern wird, aber was will das alles sagen, in einem Staate, in dem die Klassenherrschaft keineswegs gebrochen, sondern im Gegenteil durch Ausschaltung der demokratischen Dynamik künstlich gefestigt ist. Denn

darüber möge man sich keinen Zweifeln hingeben, der künftige ständische Staat, der möglicherweise ähnlich wie in Italien Arbeitskämpfe jeglicher Art verbieten wird, wird bei allen Entscheidungen der ständischen Korporationen das Bürgertum und insbesondere den Mittelstand, vereinigt mit der ihm versippten und verbrüderten staatlichen Bürokratie finden. Und der Arbeitnehmer, statt wie in der Demokratie durch die Masse auch die Macht sich zu erkämpfen, wird stets in dem Verhältnis von 2 zu 1 durch Unternehmer und Staat beherrscht werden. In Wahrheit wird aber auch dieser Ständestaat nur eine Fiktion und eine Kulisse sein für die Alleinherrschaft der nationalsozialistischen Bewegung. Diese Bewegung bekämpft die Persönlichkeit unter dem Vorgeben, der einzelne müsse sich der Staatsgewalt unterordnen.

Sie verschweigt dabei, daß dieser Staat, weil er nicht demokratisch ist, eine Zwangsgewalt in der nacktesten Form darstellt. Thomas Masaryk sagte: „Demokratie ist Diskussion". Man könnte ihn ergänzen: Diktatur ist Monolog! Aus Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft wird kein freies Wort in die Welt hinausdringen und ganz gleich, ob eines Tages neue parlamentarische Formen gefunden werden müssen oder ob aus dem Ständestaat ein Rätestaat proletarischen Charakters erwächst, am Anbeginn eines wahrhaften deutschen Erwachens muß die Erkenntnis stehen, die Matteotti kurz vor seinem Tode in die erschütternden Worte kleidete: Erst wer die Freiheit verloren hat, weiß, daß er sie zum Leben braucht wie Luft und Licht!"

Der Sozialismus ist in Deutschland von Freund und Feind allzu sehr lediglich als Ordnungsprinzip verstanden worden. Aber nicht die Ordnung selbst ist sein Ziel, sondern diese Ordnung hat nur ihren Sinn durch die Freiheit, die sie dem Menschen gewährt und garantiert. Frei sein heißt in diesem Sinne, seine Pflichten aus eigenem selbstgewolltem Rechte tragen. Wer will das in Deutschland?

Wir Deutschen müssen die Freiheit lieben lernen!
Ein freies Volk wird nicht ans Hakenkreuz geschlagen!

